

Die Volkswacht erscheint wöchentlich zweimal am Dienstag u. Freitag. Abonnementspreis, mit der Beilage: Die Neue Welt, monatlich 40 Pfg., vierteljährlich 1,20 Mk. Bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5 Pfg. Botenlohn. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,35 Mk. Die Einzelnummer kostet 10 Pfg.

Volkswacht

Insertionsgebühr die sechs gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg. Inzerate der sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften 10 Pfg. Das Belegexemplar kostet 10 Pfg. Sprechstunden der Redaktion an allen Wochentagen 12—1 Uhr mittags.

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion
und Expedition 3290

Nr. 14.

Danzig, den 18. Februar 1914.

5. Jahrgang.

Die rote Woche.

Vom 8. bis 15. März wird nach den Beschlüssen der Parteinstanzen im ganzen Reiche eine intensive Agitation für unsere Organisationen und unsere Parteipresse stattfinden:

Die rote Woche!

Wohl hat die deutsche Arbeiterbewegung einen Aufstieg zu verzeichnen gehabt, wie er beispiellos in der ganzen Welt dasteht; ein Wachstum, so rasch und gewaltig, wie es von keiner Partei je erlebt wurde; jede neue Wahl brachte neuen gewaltigen Stimmenzuwachs, brachte Erfolge, die selbst hochgespannteste Erwartungen übertrafen.

Aber die Entwicklung der Organisationen und die Verbreitung der Parteipresse hat nicht immer gleichen Schritt mit diesem Wachstum gehalten. In der letzten Zeit war besonders unter dem Eindruck der Krise eine Stagnation, hier und da selbst ein direkter Rückgang, in der Zahl der Organisierten und der Leser der Parteipresse eingetreten. Diese Stagnation muß überwunden werden.

Die deutsche Arbeiterklasse steht in schweren Kämpfen.

Da ist das Koalitionsrecht: Unternehmertum und Regierung sind bemüht, das unzulängliche Koalitionsrecht noch mehr zu verschlechtern. Unter dem Deckmantel des Schutzes der Arbeitswilligen möchte man die organisierte Arbeiterkraft wirtschaftlich wehrlos machen, möchte die Ausübung des Koalitionsrechts unter Gefängnis- und Zuchthausstrafe stellen, möchte die Polizei zur obligatorischen Schutzgarde des Unternehmertums und der Streikbrecherkolonnen machen. Das gilt es zu verhindern! Mehr noch!

Die Arbeiter brauchen ein wirklich freies Koalitionsrecht.

Sollen sie im Kampf um ihre wirtschaftlichen Interessen nicht dem übermächtigen Unternehmertum erliegen.

Und dann die Zuspitzung der Verhältnisse auf rein politischem Gebiet. Am Zollwucher wird nichts geändert und wenigstens nichts zugunsten der breiten Massen des Volkes, eher kommt der „lückelose Zolltarif“, der neue Belastungen der Arbeiter und neue Gewinne dem Junkertum verheißt. Der Militarismus triumphiert über die Verfassungsrechte der Bürger, und neue Militärvermehrungen werden die militärische Ueberhebung bis zum Wahnsinn steigern. Noch sind die Milliarden zur Deckung der letzten Heeresvermehrung nicht aufgebracht, und schon wagen sich die Rüstungstreiber mit neuen Forderungen ans Tageslicht, die neue unermeßliche Belastung des Volkes in Aussicht stellen. Die Kehre aber ist:

Fortdauer der politischen Rechtslosigkeit des Volkes.

Jahrelang weist man jede Forderung auf Ausbau der Verfassungsrechte ab, geht vielmehr mit skrupellosem Zynismus daran, solche Rechte, wo sie noch bestehen, zu vernichten.

Ein Sturmmarß gegen die Volksinteressen von allen Seiten. Gegen die Sozialdemokratie aber ein Kesseltreiben der gesamten Reaktion! Der Reichsfinanzminister selbst ruft dazu auf!

Wir nehmen den Kampf auf.

Aber wir brauchen dazu starke und geschlossene Bataillone, und darum soll die rote Woche Tausende und aber Tausende unserer Organisation zuführen, unserer Parteipresse Tausende und aber Tausende neue Leser bringen. Unverzüglich müssen unsere Genossen allerorts an die Organisation der Arbeit für die rote Woche gehen. Überall ist den Volksmassen klar zu machen, was auf dem Spiele steht und daß gegen die Macht der anstürmenden Reaktion nur eine mächtige Organisation der Sozialdemokratie Schutz bietet.

Auf zur Arbeit für die rote Woche!

Auf zum Kampf gegen die Feinde des Volkes!

Die Einfuhrscheine.

Von J. Karski.

Mit der Diskussion über die neuen Handelsverträge wird auch von neuem die Frage der Einfuhrscheine brennend. Unter anderem handelt es sich darum, daß die fremden Staaten, in erster Linie Rußland, gegen dieses System der Prämien auf die Ausfuhr deutschen Getreides mit Repressalien vorgehen wollen.

Für die Agrarier bedeutet dieses System vor allem die Möglichkeit, die Kornzölle voll auszunützen, den Preis des inländischen Getreides so in die Höhe zu schrauben, daß er möglichst um den vollen Zoll über dem Weltmarktpreis steht. Interessiert sind aber an den Einfuhrscheinen zum Teil auch die Händler, die Getreidespekulanten. Daher ist es erklärlich, daß dieses System zahlreiche und sehr einflußreiche Verteidiger findet.

Bekanntlich besteht das System darin, daß die Regierung bei der Ausfuhr von Getreide „den Zoll rückvergütet“, aber der Witz besteht darin, daß die „Rückvergütung“ auch für Getreide gewährt wird, das niemals verzoollt wurde. Die Zollämter zahlen für Getreide, das aus Deutschland ausgeführt wird, den Zollbeitrag, gleich-

viel ob es sich um Getreide handelt, das vorher aus dem Auslande hereingebracht wurde, oder um Getreide, das in Deutschland geerntet wurde. Allerdings erfolgt die Zahlung nicht in bar, sondern der Exporteur erhält einen „Einfuhrschein“, den er in Zahlung geben kann bei Entrichtung von Zoll für eingeführte Waren, wie Getreide, Reis, Heringe. Wenn also ein Händler zehn Tonnen Roggen zum Beispiel über Danzig ausführt, erhält er einen Einfuhrschein im Betrage von 500 Mark (50 Mark pro Tonne), den er in Zahlung geben kann, etwa in Hamburg bei der Einfuhr von Weizen. Die Scheine sind übertragbar, so daß der Exporteur von Roggen in Danzig seinen Schein verkaufen kann an einen anderen, der Zölle bei einem anderen Zollamt zu bezahlen hat.

Die Wirkung dieses Systems mag folgendes Beispiel erläutern: gesetzt, die Tonne Roggen kostet in Posen 150 Mark, während der Preis in Kopenhagen 130 Mark ist. Auf Grund des Systems der Einfuhrscheine ist es nun möglich, den Roggen in Posen, wo er teurer ist, zu kaufen und in Kopenhagen zu verkaufen, trotzdem noch die Frachtkosten und Spesen hinzukommen. Die Rechnung stellt sich nämlich so: betragen Fracht und Spesen — sagen wir — 25 Mark, so kostet der in Posen gekaufte Roggen frei Kopenhagen 175 Mark; der Verkäufer erhält 130 Mark vom dänischen Käufer, aber außerdem vom dem deutschen Zollamt 50 Mark, also 180 Mark pro Tonne, es bleiben noch 5 Mark Gewinn. — Solange also dieser Gewinn zu erzielen ist, sind natürlich die Kaufleute bestrebt, deutsches Getreide auszuführen. Ihre Nachfrage treibt aber den Preis auf den deutschen Märkten in die Höhe und erst dann, wenn der deutsche Marktpreis soweit über dem Preise auf den neutralen Märkten steht (unter Berücksichtigung der Frachtkosten), daß trotz der Ausfuhrprämie kein Gewinn mehr bleibt, hört diese Ausfuhr auf.

Für Deutschland ergibt sich also als Folge dieses Systems die Tendenz, den Getreidepreis in die Höhe zu treiben und darin schon liegt seine Verderblichkeit für die arbeitenden Massen. Aber es stellen sich auch weitere Nachteile ein. So ist zu beachten, daß durch diese künstlich geförderte Ausfuhr eine Entlösung des deutschen Marktes von Getreide eintritt. In der ersten Zeit nach der Ernte sinkt in Deutschland, wie überall, der Preis. Speziell bei Roggen steigen aber die Dinge so, daß Deutschland der Hauptproduzent ist, neben Rußland und Oesterreich. Der russische Roggen kommt jedoch später auf den Markt, weil die Ernte später ausfällt und die Transportverhältnisse mangelhaft sind. Da greifen also die deutschen Händler zu, kaufen den billigen deutschen Roggen und schaffen ihn nach den skandinavischen Ländern, nach der Schweiz, nach Holland. Diese Nachfrage für Exportzwecke treibt alsbald den Preis im Inland in die Höhe. Schließlich muß zur Deckung des Bedarfs wieder Roggen eingeführt werden, aber die Importeure von Getreide vermeiden es, mehr einzuführen, als der Konsum aufnimmt, weil ja das Getreidegeschäft stets auf Spekulation beruht, die die Chancen ausnützen muß. So kommt es, daß alsbald nach der Ernte große Mengen ausgeführt werden und dann Vorräte nicht mehr aufgestapelt werden. Die Meidspatrioten, die Kornwucher treiben und zum Teil eifrige Kriegsheker sind, setzen auf diese Weise das liebe Vaterland systematisch der Gefahr der Hungersnot im Kriegsfall aus: werden die Grenzen gesperrt, die deutschen Häfen blockiert, dann ist Deutschland angeichts des Mangels an Vorräten in wenigen Wochen ausgehungert.

Eine zweite Folge dieses Systems der Einfuhrprämien ist die übermäßige Steigerung des Roggenbaues. Der Anbau von Roggen erfordert eine verhältnismäßig wenig intensive Landwirtschaft. Der Acker erfordert keine besonders sorgfältige Bestellung. Arbeitskräfte werden verhältnismäßig wenig gebraucht. Es ist ein „bequemes Wirtschaften“. Solange also die Roggenpreise hoch bleiben, weil man sie künstlich hochhält, bleiben die Großgrundbesitzer beim Roggenbau, dehnen ihn möglichst aus. Das geschieht aber auf Kosten der Intensität der Wirtschaft, es wird die Produktion von hochwertigen Produkten, von Fleisch und Gemüse vernachlässigt. In Ländern, wo ein so tolles System nicht besteht, wo es nicht einer Klasse von Schmarozern gelinzt, auf Kosten der arbeitenden Massen zu wirtschaften, ist gerade dadurch, daß der Anbau von Roggen nicht besonders profitabel ist, die Intensität der Landwirtschaft gehoben worden. In Dänemark zum Beispiel ist der Roggenbau zurückgegangen, das Brotkorn wird eingeführt, aber dafür ist die rationelle Viehwirtschaft gewaltig gefördert worden. Der dänische Landwirt ist eben gezwungen, zu den intensivsten Wirtschaftsformen zu greifen, während die Ausfuhrprämien in Deutschland zugleich eine Prämierung der rückständigen Wirtschaftsweise bedeuten. — Es ist bekanntlich dahin gekommen, daß Deutschland, das im allgemeinen der Zufuhr von Getreide bedarf, Roggen ausführt. Im Jahre 1912 wurden rund 798 000 Tonnen Roggen ausgeführt, dagegen 316 000 eingeführt. Der Ueberschuß der Ausfuhr beträgt also 482 000 Tonnen. Für diese überschüssige Ausfuhr wurden aus Reichsmitteln an die Exporteure 50 Mark Ausfuhrprämie gezahlt, also insgesamt 24,1 Millionen Mark. Weiter kann der Wahnsinn im wirtschaftlichen Leben wahrhaftig nicht mehr getrieben werden! Durch den hohen Roggenzoll verteuert man dem Volke Brot; dann zahlt man aus den Steuererträgen Ausfuhrprämien, die bewirken, daß die Landwirte bei wenig intensiver Wirtschaft bleiben und das Produkt dieser Wirtschaft billig an das Ausland verkaufen, während Deutschland am chronischen Fleischmangel leidet.

Drittens kommt in Betracht die finanzielle Wirkung, die Schwächung der Staatseinnahmen aus den Zöllen durch die Einfuhrscheine. Die Agrarier und die Regierung bestreiten freilich diese Wirkung und früher hatte das eine gewisse Berechtigung. Man hat hier nämlich so zu rechnen: solange Deutschland seinen Bedarf an Getreide nicht aus der eigenen Produktion zu decken vermag, muß schließlich das ausgeführte Getreide wieder durch eingeführtes ersetzt werden. So ist es zum Beispiel auch jetzt noch bei Weizen: 1912 wurden nahezu 2,3 Millionen Tonnen Weizen eingeführt, ausgeführt nur 322 600 Tonnen. Hätte gar keine Ausfuhr stattgefunden, dann wäre auch die Einfuhr geringer gewesen um diese Mengen. Die Zollämter zahlten also Ausfuhrprämien, aber sie nahmen alsbald wieder ebensoviel ein an Einfuhrzoll für Weizen.

Aber seitdem die Ausfuhrprämien die Forcierung des Roggenbaues gezeitigt haben, ist das eben anders geworden; die Ausfuhr übersteigt die Einfuhr und daher bedeutet jede Tonne mehr einen glatten Verlust von 50 Mark für die Reichskasse. Die Einfuhrscheine wurden 1894 eingeführt und in den ersten Jahren wurden Beträge von einigen Millionen Mark an Einfuhrscheinen ausgestellt. Seit 1906 sind die Beträge pro Tonne erhöht, weil die Zölle höher sind, also auch die „Rückvergütung“. Im Jahresfünft 1907—1912 waren die Einnahmen aus den Getreidezöllen durchschnittlich 248,6 Millionen Mark pro Jahr, dagegen die Beträge der Einfuhrscheine 111,6 Millionen. Würden die Einfuhrscheine beseitigt, so würden auch die Erträge der Zölle sinken, aber nicht im gleichen Maße und jedenfalls wäre von der Zahlung von 24 Millionen Mark als Prämie für die Mehrausfuhr von Roggen keine Rede.

Wie reagiert nun das Ausland auf die deutschen Ausfuhrprämien? Die Getreide importierenden Länder haben nichts dagegen einzuwenden, wenn die deutschen Exporteure infolge der Ausfuhrprämie ihnen billiges Getreide liefern, auf ihren Märkten als Preisdrücker austreten. Aber die Exportländer empfinden diesen Preisdruck als Schmutzkonzurrenz. Der russische Landwirt empfindet es als Schädigung, wenn in Dänemark, wo er seinen Roggen verkaufen will, der Preis niedrig ist, weil die deutschen Prämienbesitzer dort die Ware verschleudern. Ähnlich klagen die österreichischen Produzenten, die durch die deutschen Prämienbesitzer vom schweizerischen Markte verdrängt werden. Doch lassen die russische Grenze! Hier hat sich folgendes Geschäft herausgebildet: dank der Prämie kann man deutschen Roggen billig nach dem Grenzgebiet, nach Rußisch-Polen verkaufen; dort sind große Mühlen entstanden (die Besitzer sind zum Teil deutsche Getreidehändler), in denen das Korn vermahlen wird; das Mehl bleibt im Lande, die Kleie wird nach Deutschland zurückgebracht. Da dieses Kleiegeschäft rentabel ist, kann das Mehl umso billiger verkauft werden. So schreien denn die russischen Agrarier Zetermordio über die deutsche Schmutzkonzurrenz, und das hat die russische Regierung veranlaßt mit Repressalien zu drohen; sie will einen Zoll auf deutsches Getreide einführen, wodurch die Prämie bei der Einfuhr nach Rußland unwirksam würde (was der deutsche Exporteur als Prämie in Deutschland erhält, müßte er als Zoll in Rußland hergeben); sie wird außerdem bei Erneuerung des Handelsvertrages wohl auf Abschaffung des Einfuhrscheinsystems in Deutschland dringen, um den Druck auf den neutralen Märkten zu beseitigen.

Indessen wäre es sehr verfehlt, wenn die arbeitenden Massen in Deutschland sich auf das Ausland als Retter verlassen wollten. Die russische Regierung hat, wie gesagt, ein sicheres Mittel durch einen Zoll die Wirkung der Einfuhrscheine auf seinem Markte aufzuheben und sie bringt es vielleicht noch dahin, ihrerseits Prämien auf die Ausfuhr russischen Roggens zu zahlen, um der deutschen Konkurrenz zu begegnen, was zu ähnlichen Zuständen wie bei den Ausfuhrprämien auf Zucker führen kann. Der Kampf der russischen Agrarier wird jedenfalls nicht unter dem Banner des Freihandels geführt, sondern die Schutzzölle drüben werden anderthalb Schelme auf die Brotwucherer hüben zu setzen suchen.

Also nicht auf das Ausland haben wir zu rechnen im Kampfe gegen den Brotwucher, dem das System der Einfuhrscheine dient, sondern einzig auf die eigene Kraft. Es gilt, die Kornzölle zu beseitigen, mit denen dann auch die wahnwitzigen Ausfuhrprämien fallen müssen.

Politische Übersicht.

Deutschlands pensionierte Armee.

Der Pensionsfonds des Deutschen Reiches beziffert sich im kommenden Etatsjahr 1914 auf die ungeheure Summe von 145 276 920 Mark. Das riesenhafte Ausmaß des Pensionsfonds ist eine Folge der Bestrebungen, die auf die Verjüngung des Offizierkorps hinauslaufen. In wenigen Jahren wird das noch schlimmer, denn für die jehtschäftig auf Beförderung harrenden Offiziere muß Platz gemacht werden, neue Stellen in größerer Zahl lassen sich nicht schaffen — folglich setzt man die große Säge in Bewegung und scheidt Männer, die mancher Proletarier um ihre robuste Gesundheit beneiden könnte, einfach in Pension. Daß die abgesetzten Offiziere etwa alle krank und deshalb dienstuntauglich sind, das behauptet die Militärverwaltung selber nicht, denn es werden auch solche Offiziere pensioniert, die zur weiteren Beförderung ungeeignet erschienen. Der Form halber bringen sie natürlich alle ein Krankheitszeugnis bei, denn rheumatische Veranlagung, angegriffene Nerven usw. wird jeder Stabsarzt mit Leichtfertigkeit konstatieren. In der Pensionopolis verschwinden diese „Krankheitszeugnisse“ natürlich sehr rasch, aber wer einmal pensioniert ist, der bleibt es auch. Der Reichstag ist diesem unerhörten Treiben gegenüber machtlos, er kann keine Pension streichen, weil die Pension sich auf einen Rechtsanspruch gründet, die Pensionierung aber einen Akt der Kommandogewalt darstellt.

Bei den nachfolgenden Zahlen ist zu beachten, daß sie sich nur auf Preußen, Württemberg und Sachsen beziehen, denn Bayern hat einen völlig selbständigen Heeres- und demnach auch Pensionsetat. Die genannten drei Staaten haben gegenwärtig an Pensionären: 34 kommandierende Generale, kostet 617 935 Mark, 210 Generalleutnants, kostet 2 633 814 Mark, 598 Generalmajore, kostet 5 507 832 Mark. 842 pensionierte Generale ist eine Rekordleistung, die uns kein anderer Staat der Welt nachmachen wird. Dazu kommen dann noch 806 Regimentskommandeure und nicht weniger als 2382 Bataillonskommandeure; Kostenpunkt 17584233 Mark. Die inaktiven Generale und Stabsoffiziere werden also dem deutschen Volke 1914 die Summe von 26 343 814 Mark kosten. Außerdem haben wir 3535 pensionierte Hauptleute und Rittmeister mit 10 065 873 Mark und 3180 Leutnants mit 3 106 943 Mark. Den 10 745 Offizieren mit einer Pensionssumme von 36 518 630 Mark stehen gegenüber 167 485 pensionierte Mannschaften vom Feldwebel abwärts mit einer Pensionssumme von 30 670 223 Mark. Die Pensionen, die den wirklich kranken

und in ihrer Gewerkschaftlichkeit vielfach hart beschränkten Maßnahmen werden, sollten oft lediglich davor, Markt zu verhungern zu müssen.

Die Marine darf natürlich hinter dem Heere nicht zurückbleiben. Das Kommando ist zwar bei der Marine besser als bei der Armee, aber auch hier wird unablässig an der Verjüngung gearbeitet. Die Marine zählte am 30. Juni 1913 bereits 27 pensionierte Admirale und Vizeadmirale. Kosten: 403 919 Mark; 35 Konteradmirale, Kosten: 247 601 Mark. Ferner 94 Kapitän mit 688 259 Mark, 118 Fregatkapitäne mit 507 311 Mark, 128 Kapitänleutnants mit 409 604 Mark und 78 Leutnants mit 100 718 Mark Pensionen.

Getrennt hiervon werden jene Pensionäre geführt, die uns der Hunnenzug nach China beschert hat. Es sind das 21 Generale (Division- und Brigadeführer), 11 Regimentskommandeure, 30 Bataillonskommandeure, 46 Hauptleute und 65 Leutnants mit zusammen 849 663 Mark Pension. Die große Anzahl der Generale erklärt sich daraus, daß diese Herren vor ihrer Pensionierung noch rasch in die höheren Stellen befördert wurden sind. Zu diesen China-Pensionären stellt die Marine noch extra: 3 Admirale, 5 Konteradmirale, 11 Kapitänleutnants, 18 Fregatkapitäne, 14 Kapitänleutnants und 8 Leutnants. Kosten: 352 371 Mark. Dazu Armer und Marine zusammen: 3034 Mannschaften mit einer Pensionssumme von 1 237 590 Mark.

Enorme Summen verschlingt auch die Verpflegung der Hinterbliebenen; Leistungen, gegen die natürlich nichts einzuwenden ist. Von dem ganzen Pensionetat in Höhe von 145 278 920 Mark entfallen auf die Armee allein 97 317 248 Mark, auf die Marine 12 125 290 Mark, während die Zivilverwaltung des Reiches nur 4 770 000 Mark beansprucht.

Eine Verminderung dieser geradezu unerträglich werdenden Lasten ist nur zu erreichen, wenn in der Armee das System der Offizierspensionierungen eine Reform an Haupt und Gliedern erfährt. Es ist geradezu ein Skandal, wenn hohe Offiziere ihre Pension einstecken und dann hochbezahlte Stellen in der Privatindustrie übernehmen können. Die hohe Anforderungen an die geistige und körperliche Rüstigkeit stellen. Wie auf allen Gebieten, so schlägt auch mit dem ungeheuerlichen System der Pensionierungen der Militarismus aus dem Bollen, und es ist sehr angebracht, das Augenmerk der Öffentlichkeit einmal auf das Wachsen der Pensionlast zu lenken.

Deutschland.

Der Welberock im Vatikan.

Zum Gewerkschaftsleiter im Zentrumslager schreibt der römische Mitarbeiter der Rheinisch-Westfälischen Zeitung:

Tatsache ist, daß Kardinal Kopp schon bei seinem Aufenthalt im vergangenen Spätherbst in der ewigen Stadt den Schlag gegen die christlichen Gewerkschaften in seinen Unterredungen mit dem Papst und dessen Umgebung vorbereitet hat. Es ist auch für den Kenner der Verhältnisse gar nicht verwunderlich, daß Kopp sich an den Grafen Oppersdorff gewandt hat. Dieser besitzt in der Prinzessin Radziwill, seiner nahen Verwandten, eine vorzügliche Mätrlin für seine Pläne und Absichten. Die Villa der Prinzessin in der Via Boncompagni zu Rom ist der Mittelpunkt der vatikanischen Feinde der Kölner. Die Prinzessin richtet mit einer einzigen Audienz beim heiligen Vater mehr aus als Dutzende von deutschen Zentrumsgroßen, von deren Tätigkeit der Papst übrigens

schon ganz eigenartige Vorstellungen machen will. Vorstellungen, die hervorgerufen und genährt werden durch die genannte polnische Dame, die weibliche Führerin und Vertreterin der Oppersdorff'schen Berliner Richtung. Wenn jetzt der Breslauer Kardinal abberufen und zwar gleichfalls mit päpstlicher Genehmigung, so ist dies dem Eintreten der preussischen Regierung, die sich dem Zentrum zu verpflichten trachtet, sowie dem Druck der öffentlichen Meinung zu verdanken. Von der Größe des Zwiespalt zwischen Vatikan und Zentrum macht man sich im Deutschen Reich kaum eine Vorstellung. Die Streikzeit ist nur für einen Augenblick begraben.

Eine Gegendemonstration zu der christlichen Gewerkschaftsbewegung in Bochum und zu der Tagung des Reichsausschusses der Zentrumspartei unternahm am Sonntag in Reutlingen die Vertreter der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) unter Vorst. des Reichstagsabgeordneten Pöschmann, die ihre Huldigungen an den Trierer Bischof Korun, den Gegner der „Christen“, brachten.

„Ihr Diener, meine Herren!“

Die „biedereren Landleute“, die sich bald als Bund der Landwirte im Jirkus Busch, bald als deutscher Landwirtschaftsrat im Herrenhaus in Berlin versammeln, haben ein unermessbares, mit länderlicher Einfachheit kaum zu vereinendes Talent, sich „in Szene zu setzen“. Niemals wissen sie einen „Clou“ zu finden, damit man von ihnen spreche. Natürlicher hat sich im Lauf der Zeit die Notwendigkeit ergeben, die Ansprüche an die Qualität der „Attraktionen“ etwas herabzumindern und auch das Genre zu ändern. So ist man denn dem Naturmenschen „Bod“ schließlich auf den — Reich — Kanzler gekommen. Dieser war diesmal berufen, etwas Sensationelles zu bieten, und da er nach der Zurechtweisung durch Herrenhaus und Preußenbund wieder in guten Bahnen wandelt, erfüllte er alle Erwartungen. Er hielt eine schöne Rede, deren Inhalt sich in den Worten ausdrücken läßt: „Ihr Diener, meine Herren!“ Er wird bestrebt sein, das Interesse der Krautjunker fernerhin noch kräftiger zu wehren, als bisher. So erklärte er:

Wir alle, die wir den heimischen Boden bebauen, sind es zufrieden, daß die Zeiten vorüber sind, wo die Landwirtschaft scharf um ihren Platz, um die Anerkennung ihrer Bedeutung im nationalen Wirtschaftsleben Deutschlands zu kämpfen hatte. Die Besserung der Zeiten kann die deutsche Landwirtschaft um so offener anerkennen, als sie dabei gewiß sein darf, daß darum die Regierung in ihrer Fürsorge für die Landwirtschaft nicht nachlassen wird. Im Gegenteil, der Erfolg der Maßregeln zur Förderung und zum Gedeihen der landwirtschaftlichen Arbeit bekräftigt sie nur in dem Voratz, auf dem bewährten Wege weiterzuschreiten.

Das „Weiterstreben“ will sagen, daß der Landmann von hohem Sinne den „Küdenlosen Jollitaris“ für ein sehr schönes Ziel erachtet. Dies erreicht, dann wäre die „Landwirtschaft“ der oberen Zehntausend so halb und halb zufrieden.

Aber die Leute vom Landwirtschaftsbund wollen auch etwas „für's Gemüt“ haben; also schlug Weismann Hollweg auch die Saite an, die den Junkern in die Stimmung verkehrt, „wenn der Mut in der Brust seine Spannkraft lüßt“. Etwas Sozialistenmütigkeit!

In einem, in dem Hauptpunkt, sind wir jedenfalls alle einig. Das ist der durch große Wahlerfolge gesteigerte Hochmut einer Partei, deren Bestrebungen darauf hinausgehen, die Fundamente des Reiches und unserer Monarchie zu unterhöhlen. Da gibt es kein Paktieren, sondern nur Kampf. Ich nehme die entscheidenden, mutigen und liebgewohnten Worte des Grafen Schwerin zum Pande dafür, daß die deutschen Landwirte in diesem Kampfe immer in vorderster Reihe stehen werden. Und er hat recht, meine Herren, denn mit Mühsal, mit Verdrossenheit können wir in diesem Kampfe nicht liegen.

Nach einer kleinen Verzögerung gegen den läppischen Preußenbund, der es ungeschickt die Karten verdrillt, kam der „Staatsrat“ endlich auf sein Lieblingsthema den „Zusammenbruch aller Sonnennnen und von Staatsbewußtsein getragenen Elemente im ganzen Reich“.

Die einfachen Landleute vom Grafen abwärts werden die Aufforderung als das aufgenommen haben, was sie offenbar auch sein sollte: eine schmälende Blume der Rebe. Desto errieter werden sie aber den wichtigsten Teil der Kanzlerrede nehmen, das Berzprechen, auch fernerhin die Wohlfahrt des Junkertums zur Richtschnur der Politik zu machen.

Die „Olympier“ machen mobil.

Die „patriotischen“ Sportgeister bestürmen den Reichstag mit Petitionen, in denen sie bitten, den von der Budgetkommission des Reichstags gestrichenen Reichszuschuß für die Olympischen Spiele trotzdem zu bewilligen. Die Leiter dieser Spiele, an deren Spitze der frühere Minister von Poddiebski steht, haben einfach mit kostspieligen Vorarbeiten begonnen, in der Voraussetzung, daß das Reich schließlich bezahlen würde. Die Ablehnung der Summe war für sie eine bittere Enttäuschung, und nun setzen sie ihre letzte Hoffnung auf den Reichstag. Nicht weniger als 169 Petitionen sind bereits beim Reichstag eingelaufen. Unter den Petenten befinden sich eine Anzahl Ortsgruppen des Jungdeutschlandbundes, dann Radfahrervereine, Schwimm- und Sportvereine, Fußballclubs, Studentenverbände, Eislaufvereine, patriotische Handlungsgesellschaften, der Verlohner Offizierverein, der Oberbürgermeister von Stettin, der Magistrat in Luckenwalde, General v. Biffing — der bekannte Verfasser eines Schachplans für Straßenspiele —, ferner der Dortmunder Reiterverein und andere. Offenbar hat man auch alle patriotischen Stammtische mobil gemacht, denn noch fortgesetzt laufen neue Petitionen beim Reichstag ein, und zwar die meisten aus Sachsen und Thüringen.

Die Entscheidung liegt beim Zentrum: bleibt es fest, so können sich die Olympier den Mund waschen. Es wäre auch ein Hohm, wenn für diese „Arbeitslosen“, von denen die meisten wohl noch nicht eine Stunde nützlicher Arbeit geleistet haben, Reichsmittel hergegeben würden, damit sie sich in Berlin amüsieren können, während für die durch die Krise in Not geratenen Arbeiter kein Geld verfügbar ist.

Wie Heydebrand Reichstagsabgeordneter wurde.

Die Wahlprüfungscommission prüfte nun auch die Wahl des Abgeordneten Dr. von Heydebrand, der im Wahlkreise Müllrich-Trebnitz mit einer Mehrheit von 1632 Stimmen gewählt wurde. In dem von den Nationalliberalen eingelegten Protest wird gesagt, daß von konservativer Seite mit Mitteln gearbeitet worden ist, wie es nur selten in einem Wahlkampfe geschehen mag. All die bekannten Mittel kamen da in Anwendung: Saalabtreibung, Postoff, Stimmenkauf, Sprengung von Versammlungen und amtliche Wahlbeeinflussung. Den Gastwirten wurde in ungezählten Fällen Geld dafür geboten, wenn sie ihre Säle anderen Parteien nicht zur Verfügung stellten oder wenigstens die Uebertragung des Hausrechtes während der Dauer der Versammlung verweigerten, damit die insbesondere unter Führung eines Gutsbesizers organisierten Spreng-Monnen in Tätigkeit treten könnten. Diese Sprengkolonnen, die zumeist aus untreuenwilligen Teilnehmern bestanden, wurden von den Großgrundbesitzern auf Wagen meilenweit herbeigeholt. Die Folgen dieser Tätigkeit waren tumultuöse Versammlungen, Aufschörungen, Affronte auf den Redner und auf den nationalliberalen

Der Baldamus und seine Streiche.

14 Oskar Wöhrle.

Eine Zeitung blieb ich zu Hause und half dem Vater im Garten oder bastelte im Keller allerlei Sachen zusammen. Ist auch ich den ganzen Nachmittag über bei der Nabein in unierem Hause die ein neues Behältnis hatte, das nur gut geht. Erst als ein Gewitter aufkam, wurde ich zurückgehalten. Die Mutter predigte mir immer, ich solle mich nicht so wegwürfen, ich sei gewiß noch eine andere wert. Aber die Kläre war mir ins Herz gewachsen, wenn jemand über sie sprach, sah ich nur Mühsal dahinter.

Kläre hatte es geheim nicht lassen. Der Vater, ein Greyschwärmer, war streng mit ihr und sagte sie oft mit dem Gewehr. „Ist nicht hell er mich und sag, wenn ich nicht aufhöre, bringe ich dich nachhause“, würde er mich erschrecken wie einen Hund. Ich gab ihm gerade, zum Gesehen gehörten und. Da wurde er sich recht wild. Später ging ich wieder in eine Nacht und habe nun wenig Gelegenheiten mehr, mit Kläre zusammenzukommen. Ich war froh, wenn ich abends noch auf einen Sprung zu ihr kamte, um mit ihr zu reden. Wir verabredeten immer, nachts zusammen in den Wald zu gehen. Ein Kamerad kam mit seiner Pistole und schlug sich gleich ins Dunkel. Wir zwei reizen uns ein wenig und wagen alles. Nachher fragte ich, ob sie denn immer noch so wild ist, wenn sie dich nicht sieht und nicht weiß, daß du da bist. Ich war so froh und glücklich, als ich sie in den Armen hielt, daß ich an gar nichts weiter dachte. Als sie eingekleidet war, da schaute ich sie wie ihr Leben lang an und herachte auch, wie sie ihren Mantel über sich zog. Ich sah sie so schön an, ich spürte ein warmes Gefühl, und dachte an meine Kameraden. Erst in der Morgenluft fassen wir uns. Manchmal habe etwas gemerkt.

Als von der Mutter wurde sie verurteilt gegen mich. Ich sagte sie am Abend zu mir: „Gib mir, ich will dich nicht mehr sehen, daß ich nicht mehr dich sehe, kämpfe sie mit den Füßen und bring sie an die Mauer.“ Wir haben wieder manches ungetragen auf dem Lande, der Kopp ist eine hoch hinaus, er ist schon wild, daß ich nicht mit dem Kopp gehe. Ich lachte, ich war nicht anmerken und sagte mir: „So ist es, aber es macht dich in mir.“ Undernachst habe ich sie zur Kläre. Sie meinte, ich sei Kopp'scher, sie hätte immer ein Kopp'sches Gesicht. Ich glaubte ihr auf's Wort und wurde wieder lässig wie vorher. Aber mich lachte Bald der Mutter, ich war froh, daß sie nicht mehr so wild ist, wie sie vorher war. Das ist immer wieder wunderbar. Als ich es noch einmal durchdachte, fand ich ein Mittel, das sie verpeffen kann, herauszunehmen. Darauf ward:

„Wie Kläre?“ Sie sah so gut und harmlos am Samstag abend um sieben Uhr an das Schwanenpaar bei Treffe. Ich habe sie viel zu lassen. Wir Gräser, mit Klären. Dem Hans.“
„Wo war es doch Wehrher?“ Als kam ich doch heimlich mit einem Kopp'schen. Mein Hans war bald gefasst. Ich ging hin und versteckte mich in ein Kopp'sches in der Höhe. Schon eine halbe Stunde vor der abgedruckten Zeit kam Hans; er war aufgeregung und geschwitzt wie ein Pferd, und rief sich in einem sehr hohen ungeschicklichen Reden. Bald kam auch Kläre. Kaum sehr Schritte von meinem Versteck trafen sich beide. Als ich sehen durfte, wie sie sich schüßten, tralala ich mich in die Erde und mit dem Mantel bis ich in die Höhe.
„Ich hätte, wie Kläre, sagte: „Du brauchst keine Angst zu haben, der Hans ist dumme der mehr nicht.“ Als Kläre Worte zu mir kamen, jammerte ich an allen Gliedern, das Hans sagte, als wolle es mir die Brust irgendwelcher Schweiß tropfen aus jeder Körperpore. Das die beiden miteinander noch alles sprachen, weiß ich nicht.

Ich sah nur, daß sie dann den Weg weiter gingen, weiter, in die Weiden hinein. Ich selber lag wie tot.

Als ich endlich aufstand und mir die Erdkruste von den Kleidern wusch, dunkelte es. Unfähig zu denken, ging ich mit schweren Schritten heimwärts. Als ich in der Marienstraße an ihrem Haus vorbeikam, sah sie im Garten und strickte. Ich sagte kein gutes Abend, und schaute auf die andere Seite. Da sprang sie mir nach, hielt mich am Arm und sagte: „Ja was ist denn das, was fehlt dir?“

„Wo bist du heute abend gewesen?“
„Ich?“
„Ja, du!“
„Am Dorf war ich und hab für die Mutter eingekauft!“
„So, so. Eingekauft und beim Kornfeld bei Treffe hinten bist du nicht gewesen?“
„Was soll ich denn dort tun?“
„Nun, die Leute erzählen manches.“
„Aber das hätte ich doch nicht geglaubt, daß du auf die Leute gehst, du weißt doch, daß sie mich immer schlecht machen und uns zwei auseinander bringen wollen. Komme sei doch gut!“

Bei diesen Worten stellte sie sich auf die Zehen und wollte mich küssen. Bei Gott, hält ich nicht mit: „meinen Augen zugesehnt, wie sie dort hinten mit dem Anderen kaffierte, ich hätte mich täuschen lassen und wäre wieder ins Garn gegangen. So aber spuckte ich verächtlich aus und sagte: Ich weiß nicht, wie man ein solches Gedul haben und so schuldig sein kann.“
„Sie fragte: „Wie meinst du das?“ und drängte sich wieder an mich. Da überkam mich der Born, ich packte sie beim Handgelenk und schleuderte sie gegen den Holstap. Es machte ihr nichts, sie sprang sofort die Straße hinauf. Oben auf dem letzten Absatz lehnte sie sich an und hielt sich am Geländer fest und schrie mit einer abbrechenden, klagend fremden, spitzen Stimme wie besessen: „Du Landstreicher, du Landstreicher!“

Im Grunde ging ich unbemerkt in mein Zimmer und schloß mich ein. Erst da kam das Unendliche über mich. Ich fühlte mich so von allen Menschen verlassen und ohne Anhang. Ich riß alles zusammen herab, was mich aus, wühlte mich in die Matratze und fing an zu schreien und zu weinen. Draußen auf der Straße blieben die Leute stehen und sahen zu meinem Vater, da oben geschicklich ein Unheil. Er und die Mutter kamen, aber ich machte niemand auf. Da hatten sie den Schlüssel und ließen die Tür aufbrechen und einen Arzt holen. Die Mutter begriff sofort und laute in einem him: „Weißt du nicht, Bub, eine andere Mutter hat auch ein lieb Kind.“ Dann wurde ich ins Bett gebracht, bekam ein Kropfenfieber und lag lange daran.

Als ich wieder auf war, ging es dem Herbst zu, bereits fielen die ersten Blätter. Eine Nacht, als der Wind besonders laut um die Erde fuhr, fiel abblühte und auf die blanke Straße warf und in hundert Stücke zerbrach, schrie ich aus dem Schlaf auf: „Nein, ich halte so nicht mehr aus, ich mach ein Ende. Darüber erwachte der jüngste Bruder und fragte: Was machst du, Großer?“ Auf die Waise ach ich, vorreden will ich!

Was er mit auch zuredete, es half nichts. Da gab er mir sein Spargeld alles mit. Ich zog mich leise an und ging nach Basel, ohne sonst einem einen Schauer zu sagen. Dort liegt ich in die Höhe und fuhr bis Wirolo und marichierte Mailand zu. Gleich im ersten Stüber sah ich ein Begräbnis. Sechs weißgekleidete Mädchen trugen einen Kinderjarg, der mit Blumen über und über bedeckt war, dahinter ging ein Kind an Kind, Mädchen an Mädchen, alle mit beendenen Keizer in den Händen und Lieder singend. Um nicht so viel denken zu müssen, betraut ich mich.
Auch in Mailand war ich nur selten nüchtern. Ich trank ich oft Vier Wein den Tag, mehr als in meinen schlimmsten Legio-

närzeiten. Und doch kam kein Vergessen, kam keine Ruhe, nein, tausend Gesichter schauten mich an mit ihren Augen, tausend Hände griffen nach mir mit ihren Händen und Busch und Baum und alles, was ich sah, selbst die abgetaubten Maulbeerbäume schauten mich an wie die Weidenstämme auf unserm Bach daheim und fragten: weißt du noch; . . . Großer, weißt du noch . . . ? Mit-ten auf dem Weg nach Florenz legte ich mich in den Straßengraben und heulte stundenlang. Das Heimweh ließ mich nicht mehr aus. Was sollte ich unter diesen gelben Gesichtern, unter diesen Polenta-wänken? Mein Hans stand anderswo.

Neht Tage später war ich wieder in Basel. Die Gering-schätzung, mit der mich daheim die meisten Leute überschütteten, erstikte mich nicht. Nein, ich trug den Kopf nur noch aufrechter. In der Nacht stand ich manchmal auf und ging aufs Feld oder lief in den Wald. Oft auch versteckte ich mich und wartete bis in Klären Zimmer ein Licht aufstand und ihren schlanken Schatten gegen die weißen Vorhänge abzeichnete. Mit verhaltenem Atem schaute ich zu, wie sie sich das Haar flocyt, die Nadeln, von denen ich jede einzelne kenne, herausnahm und nachher wieder einsteckte. Kälte störte mich nicht, Schnee störte mich nicht.

Wieder werkte ich in der Fabrik und besuchte alle Parteiver-sammlungen, um Abfertigung zu haben. Auch ins Baseler Stadt-theater ging ich öfter, und als ich einft ein Schundstück ausstaff-nahm mich die Polizei trotz meines Protestes fest und sperrte mich eine Nacht auf den Lehnhof. Erst am anderen Morgen, als meine Mutter fünfzehn Franken hinterlegte, wurde ich wieder ausgelassen. Zu Hause aber, auch bei meinen Leuten, galt es nun als ausge-macht, daß ich „spione“, daß es mit mir nicht mehr ganz richtig sei.

Einer meiner Brüder nahm mich öfters in den Turnverein mit. Das war gut für mich, ich lernte Ringen und Schwingen und Steinwerfen, lauter Arbeiten, die nicht nur die Muskeln durch-schlagen, sondern auch alle schwarzbläulichen Gedanken unterdrück-ten. Ich mochte wieder essen, an guten Tagen sang ich sogar, und als das Frühjahr kam und alles Knospen trieb, freute ich mich, wenn ein Mädchen oder ein Burck recht grad gewachsen war. Ich kam mit einigen Besierern zusammen, die Geh- und Lauffport trieben. Vielen schloß ich mich an und trainierte in meiner freien Zeit fleißig.

Einige Male begegnete ich Kläre wieder. Zwar schoß mir das Blut in den Kopf und warf mir rote Schleier vor die Augen, doch konnte ich sie ruhig ansehen, sie aber wich meinen Blicken aus. In der Fabrik mußten wir oft feiern, es war ein schlechtes Jahr. Da ich gehört hatte, in Zürich ginge es besser, fuhr ich dorthin und fand bald Arbeit. Ich wohnte in Wipplingen, einem freundlichen Stadtteil. Mein Hauswirt, bei dem ich das Zimmer hatte, war Handlanger in einer Eisengießerei und verdiente 28 Franken in der Woche. Davon sollte er sich, seine Frau, die immer krank und elend war, und fünf Kinder erhalten. Er gehörte zu einer Sekte, die dreimal in der Woche zusammenkam und künde. Aber sein Herrgott half ihm nicht. Die Kinder zehrten immer mehr aus und die Frau starb bald und war erlöst.

Ich mußte mir ein neues Quartier suchen. Auch da bereichte ich es nicht. Unten im Haus war eine Schnallenwerkstatt und das Lärmen und die Anruhe dauerte bis in die tiefe Nacht und störte mich in meinen Schreibereien. Ich dichtete wieder einmal und schickte meine Verse an einen Redakteur. Dieser Herr lud mich ein, ihn zu besuchen. Ich hatte durch ihn mancherlei Anregungen. Jeden Mittwoch verjammelte sich in seinem Hause eine kleine Gesellschaft, der er aus Swedenborgs Schriften vorlas. Ueber das Gehörte wurde dann disputiert. Ich selber gewann dadurch und wurde auf Gebiete geleitet, die mir bisher fern gelegen hatten. Ich bedauere, daß ich gegen diesen Mann nicht treuer gewesen bin.
(Fortsetzung folgt.)

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Hilfe für die Arbeitslosen.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat beschlossen, 300 000 Mark zur Bewilligung von Darlehen an Einwohner zur Verfügung zu stellen, die durch ungünstige wirtschaftliche Verhältnisse in vorübergehende Not geraten sind. Die Tribünen der Stadtverordnetenversammlung waren bei der Beratung bis auf den letzten Platz gefüllt, sodass sie abgesperrt werden mußten.

Die Stichwahl in Offenburg-Dieburg hat mit einem Sieg des Zentrums geendet. Dessen Kandidat erhielt 13137 Stimmen, während der Nationalliberale es nur auf 13056 brachte.

Aus dem Reichstage.

Soziale Gesetzgebung und soziale Rechtsprechung.

Die Verhandlungen des Reichstages gailen am 11. Februar in ihrem wesentlichen Teil wichtigen Fragen der sozialen Gesetzgebung und der sozialen Rechtsprechung. Nach einer kurzen Debatte über die Rechtschädlinge beim Kapitel Biologische Anstalt für Land- und Forstwirtschaft, an der sich eine Reihe von Rednern beteiligte, und nach Annahme von Resolutionen, die zur Bekämpfung der Schädlinge besondere Maßnahmen fordern, gelangten diese Fragen zur Erörterung. Das Kapitel Patentamt gab unserem Genossen G i e b e l Veranlassung, über den im Sommer veröffentlichten Vorentwurf zu einem Patentgesetz zu sprechen und im Zusammenhang damit über das Recht des geistigen Arbeiters an seiner Erfindung. Unser Redner zeigte, wie schon dieser Entwurf beinahe nur aus Unvollkommenheiten besteht und den entscheidenden Fragen ausweicht. Er konnte aber auch an zahlreichen und interessanten Dokumenten den Nachweis führen, daß selbst diese Halbmehr den Unternehmern auf die Nerven gefallen ist. Nicht etwa, als ob sie den Angestellten ihr Recht geben wollten, sie stärkten vielmehr eine Einschränkung ihrer kapitalistischen Privilegien. Genosse G i e b e l forderte die baldige Vorlage des Entwurfs. Der Zentrumsredner Dr. B e l l redete eine Weile zwischen den Interessen der technischen Angestellten und der Unternehmer hin und her, bis er glücklich die erlösende Redensart von der notwendigen mittleren Linie gefunden hatte. Viel offener sprach im Interesse seiner kapitalistischen Auftraggeber der Nationalliberale Herr Dr. Böttger. Die Regierung sprach sich durch den Ministerialdirektor v. J o n q u i e r e s lediglich über die ganz nebenbei stehende Frage der Zulassung von Patentagenten aus.

Die soziale Rechtsprechung gelangte beim Kapitel Reichsversicherungsamt zur Erörterung, mit dem zugleich die Denkschrift über die Klagen bei den Berufsgenossenschaften beraten wurde.

Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Genosse K a u e r, erklärte sofort, daß wir gegen jede Abänderung der Bestimmungen über die Klagen stimmen werden, ohne jedoch uns gegen die Einlegung einer Kommission zu wehren. Dann untersuchte er die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts, und seine große Sachkunde gestaltete diese Untersuchung eines an sich schwierigen und komplizierten Gegenstandes sehr interessant. Gegenüber den Angriffen der Unternehmerpresse und der Organisation der Berufsgenossenschaften auf das Reichsversicherungsamt zeigte unser Redner, daß diese Beschwerden nicht die geringste Berechtigung haben. Denn einmal ist die Forderung, daß die Unfälle des täglichen Lebens von der Entschädigung nicht ausgeschlossen werden, im höchsten Grade unsozial und ungerecht, und dann hat auch das Reichsversicherungsamt selbst bedauerlicherweise die früher absolut schlüssige Rechtsprechung wiederholt rückschrittlichen Tendenzen angepaßt. Besonders wirkungsvoll war der Hinweis auf die oft genug klar ausgesprochene Absicht des Reichstags. Nicht minder überzeugend waren die Darlegungen über die Kürzungen der Renten, und auch die Kritik über die mangelhafte Durchführung der Krankenversicherung nur auf ein reichhaltiges Material gestützt. In diesem Zusammenhang mußten auch die Veruche der preussischen Regierung, die Selbstverwaltung der Krankenkassen einzuschränken, einer lebhaften Kritik unterworfen werden, die unserem Redner einen Ordnungsruf eintrug, als er von der Ungeheuerlichkeit der preussischen Regierung sprach. — Den Abschluß bildete eine scharfe Beurteilung der sonstigen kassenfeindlichen Praktiken der Behörden.

Die Erörterung über die Wirkungen der Reichsversicherungsordnung hat auch noch die Sitzung am 12. Februar in Anspruch genommen. Sie hat bewiesen, wie berechtigt die Bedenken und die Einwendungen waren, die vor drei Jahren von unseren Genossen geäußert worden sind. Heute werden von manchen bürgerlichen Parteien unsere Beschwerden ausdrücklich bestätigt. Aber das ist nicht die einzige Bedeutung der Besprechung. Vielmehr haben die Neuerungen der Konventionen erneut gezeigt, wie sehr die Reaktion entschlossen ist, die Einrichtungen der sozialen Gesetzgebung für ihre eigenen Zwecke zu verwenden. Die Rede des Grafen Westarp und der anmaßende Ton, in dem er sie hielt, legten deutlich Zeugnis ab für die Absichten der Konservativen und auch für das Selbstvertrauen, das sie gegenwärtig unter dem Einfluß der ganzen politischen Situation besetzt.

Die Herren J r l vom Zentrum, S c h u l e n b u r g und S i e b e n b ü r g e r von den Konservativen sprachen sich dafür aus, daß der Reservefonds der Berufsgenossenschaften für den gewerkschaftlichen Personalfond bereitgestellt werde. Dagegen wandte sich der Volkspartei Dr. D o o r m a n n. Die Kritik der Sozialdemokraten an der Reichsversicherungsordnung wurde dann in vielen Punkten von dem der Reichspartei angehörigen christlichen Gewerkschaftsführer B e h r e n s unterstrichen. Genosse F e l d m a n n zeigte, wie unsozial die neueste Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes geworden ist. Darauf hatte der Regierungsvertreter Geheimrat C a s p a r lediglich die Antwort, daß die ganze Judikatur des Reichsversicherungsamtes erst noch in der Bildung begriffen sei. Der Zentrumsredner A s t o r verteidigte ausdrücklich

die Grundzüge des Reichsversicherungsamts, wogegen der Fortschrittler F e g e r forderte, daß das Gesetz im sozialen Sinn ausgeführt werde.

Der Scharfmacherei des Grafen Westarp gab Genosse H o c h eine Antwort, deren Schärfe noch von einigen besonders ungeschickten Ordnungsrufen des Herrn Dr. Kämpf unterstrichen wurde. Er zeigte, wie die Reaktion nur darnach bestrebt ist, die Unterstellung der Kassen unter die Macht der Bureaucratie noch zu vollenden. Selbst der Zentrumsredner K o s m a n n mußte gegen das Hineintragen der Politik in die Versicherungsinstitutionen Protest einlegen. Der Vertreter der Regierung freilich wagte nicht, die konservativen Ansprüche zurückzuweisen!

Seitdem die Gewerkschaften und Genossenschaften die Volksfürsorge gegründet haben, um der Arbeiterschaft eine Versicherungsanstalt zur Verfügung zu stellen, die wirklich der Versicherten wegen da ist, hat ein heftiger Kampf gegen die Einrichtung eingesetzt. Un eigennützig ist dieser Kampf allerdings nicht. Denn die Gegner sind entweder private Erwerbsgesellschaften, die in ihrer grenzenlosen Ausbeutung der Bevölkerung eine unerwartete Hemmung gefunden haben, oder die öffentlich-rechtlichen Versicherungsanstalten, denen die Konkurrenz gleichfalls unangenehm ist, oder aber endlich die von den christlichen Gewerkschaften und verwandten Organisationen geschaffene Anstalt. Das Thema, das von all diesen sehr interessierten Kämpfern in allen Tonarten variiert worden ist, war immer der angeblich sozialdemokratische Charakter der Volksfürsorge und ihrer angeblich sozialdemokratischen Parteizwecke. Die Debatte über den Etat des Aufsichtsamts für Privatversicherung in der Reichstagsitzung vom 13. Februar konnte an dieser Erscheinung nicht vorübergehen.

Zu Beginn der Besprechung wandte sich Genosse G i e b e l gegen die engberzige Rechtsprechung der Angestelltenversicherung und gegen die bürokratische, oft auch parteiische Verwaltung. Nach einer kurzen Erwidern des Ministerialdirektors C a s p a r wandte sich dann die Diskussion jener Frage zu. Danach nahm Genosse H i l d e b r a n d das Wort. Unser Redner hatte ein reichhaltiges und überzeugendes Material zusammengestellt, und es gelang ihm, eine präzise Darstellung der wirklichen Verhältnisse zu geben, und so eine höchst wertvolle Charakteristik zu entwerfen von dem Kampf, den alle Staatserhaltenden gegen die Volksfürsorge führen. Er zeigte zunächst, aus welchen Gründen Gewerkschaften und Genossenschaften den Plan der Volksfürsorge gefaßt haben und wie ihre Erwartung, bei einer so gemeinnützigem Unternehmung die Unterstützung der Regierung zu finden, enttäuscht worden sei. Der Versuch allerdings, durch offene Rechtsbeugung die neue Einrichtung nicht genehmigen zu lassen, ist beim Reichsamt des Innern gescheitert. Aber nach der Genehmigung ist der Kampf weiter gegangen. Besonders interessant war die Kennzeichnung des Vorgehens des Herrn Kapp, der als Beauftragter der öffentlich-rechtlichen Anstalten einen unfairen Bekämpfungsfeldzug einleitete, ohne daß die Möglichkeit gegeben worden sei, ihn zum Beweis für seine Behauptungen zu zwingen. Unter Hinweis auf Bestimmungen aus dem Jahre 1847 und 1854 wurde nämlich die Klage der Volksfürsorge von vornherein abgewiesen: die „Äkte der Staatshoheit“ waren derselbe

Kleines Feuilleton.

Was der Krieg aus den Menschen macht.

Der kürzlich verstorbene französische Ingenieur Ch. Tellier, der Erfinder der modernen Kühlanlagen, der zuerst den Transport gefrorenen Fleisches über den Ocean in die Wege geleitet hat, schildert in seinen Lebenserinnerungen neben der Geschichte der Erfindung des Kühlschliffes eine Fülle interessanter Erlebnisse, von denen für uns Deutsche besonders ein Blick in das belagerte Paris von Wert ist. Tellier schildert unter anderem den eintretenden Mangel an Nahrungsmitteln und die zunehmende Teuerung. Es gab nur wenige Restaurants, in denen man für verhältnismäßig erschwingliche Preise gute Bedienung fand. In einem dieser Gasthäuser verkehrte der Erfinder mit seinen Freunden regelmäßig. Eines Tages nun, als er allein in dem Restaurant saß, fand er auf der Speisekarte ein Gericht verzeichnet, das er besonders gern aß, und er bestellte es. Der Braten mundete ihm ausgezeichnet, und er bestellte infolgedessen noch eine zweite Portion, denn eine solche Gelegenheit mußte man in jener Zeit benutzen, vielleicht kam sie nicht wieder. Der Köhner ließ durchblicken, daß er kaum glaube, noch eine zweite Portion zu bekommen, den das Fleisch sei sehr selten. Aber nach einiger Zeit kam er doch triumphierend mit einer zweiten Portion. Tellier wollte sich eben daran machen, mit dem Behagen des Feinschmeckers das fettere Fleisch abzuschneiden, als sein Blick auf einen Knochen fiel, der aus dem Braten herausfiel, und der seine Aufmerksamkeit erregte. Er fragte sich zunächst vergebens, von welchem Tiere das Fleisch wohl stammen könnte, denn er wußte keines der bekannten Schlad- und Hausiere, zu dem dieser sonderbare Knochen passen konnte. Und schließlich — er wagte zunächst kaum den Gedanken zu fassen — erkannte er, daß dieser Knochen von einem Menschen stammte. Noch einmal prüfte, noch einmal überlegte er, aber es war kein Zweifel mehr möglich. Schauernd erhob er sich und ließ den duffenden Braten unberührt stehen. Der Gedanke, daß er schon eine Portion Menschenfleisch verzehrt hatte, verurteilte ihm ein Grauen, und er mied von da an dieses Restaurant, dessen Besitzer bald darauf Selbstmord beging; ein stummes Eingeständnis. Um diese Zeit fanden nämlich an der Peripherie von Paris täglich kleinere Gefechte statt, und gewissenlose Gefellen benutzten die Gelegenheit, das Fleisch der Gefallenen als Nahrungsmittel zu verkaufen. Und gewissenlose Gastwirte nahmen keinen Anstoß, dieses verhältnismäßig billig erworbene Fleisch ihren ahnungslosen Gästen vorzusetzen. — Kultur des Krieges!

Pflastern mit Maschinen.

Beim Pflastern ist es erdentlich, die Steine nach dem Einsetzen mit großer Kraft in den Untergrund zu treiben, damit sie nachher den Stößen der Räder, der Pferdehufe usw., ohne weiter nachzugeben, standhalten und die Erhaltung einer ebenen Fahrbahn gewährleisten. Die Behörden pflegen vorzuschreiben, daß die einzelnen Steine 3—4 Zentimeter durch Rammen in den Untergrund eingetrieben werden, und das ist eine der teuersten Arbeitsoperationen, die zudem noch dadurch sehr ungenau ausgeführt werden kann, daß recht verständig starke Arbeiter die Rammarbeit verrichten. Um aber die Genauigkeit von der unterschiedlichen Kraft der Arbeiter unabhängig zu machen und die Schwere der Handrammarbeit zu erleichtern, muß man maschinelle Hilfsmittel anwenden, die gestatten, immer die gleiche Kraft beim Eintreiben des Steines wirken zu lassen. Das geschieht durch die Druckluft-Handpflastramme. Es hat sich ergeben, daß von all den zahlreichen maschinellen Hilfsmitteln, die für das Rammen gesun-

den wurden, diejenigen die besten sind, die die bisherige Art des Handrammens möglichst genau nachahmen. Die neuerdings konstruierten Druckluftstrammen bestehen aus einem mit einer Handhabe versehenen feststehenden Kolben, der sich auf den zu rammenen Stein stützt. Ein Handhebel kann den den Kolben umschließenden Zylinder zum Heben und Fallen bringen, wobei die Druckluft die Hubarbeit leistet. Der Arbeiter hat es in der Hand, die Fallhöhe und damit die Fallkraft einzurichten. Er kann im geeigneten Moment ohne Anstrengung auch leicht von einem Stein auf den andern übergehen. — Mit der Druckluftstramme ist der Arbeiter imstande, etwa 80 Schläge in der Minute auszuführen. Er verbraucht dabei einen halben Kilometer Preßluft von 6 Atmosphären Druck. In einem Tage vermag man mit einer Druckluftstramme rund 100 Quadratmeter auf fester Unterbettung abzurammen. Pro Quadratmeter entstehen dabei durchschnittlich 20 Pfennig Kosten, während Handrammen mindestens 25 Pfennig pro Quadratmeter kostet. Die Ersparnis ist also ein Fünftel, die Präzision der Arbeit ist aber erheblich gesteigert.

Umwälzungen auf einem Mondkrater.

Daß der Mond nicht so ganz ein Leichnam ist, wie es immer geheißen hat, ist seit einiger Zeit durch die Wahrnehmung von Veränderungen mancher Stellen seiner Oberfläche erwiesen worden. Namentlich Professor Pickering, der Direktor der Harvardsternwarte, ist bemüht gewesen, Belege solcher Art zu sammeln. Er hat jetzt wieder auf einer von ihm begründeten Sternwarte auf der Insel Jamaica eine derartige Beobachtung gemacht und in den astronomischen Nachrichten beschrieben. Sie bezieht sich auf den Mondkrater Gimmard, der am Nordwestrand des großen Mare Crisium gelegen ist. Der Krater hat einen Durchmesser von etwa 40 Kilometern. Früher füllte er sich bei jeder neuen Beleuchtung durch die Sonne allmählich mit einem weißen Material, das dann überzufließen schien. Zum letzten Mal beobachtete Professor Pickering diese „Eruption“ vor einem Jahr. Im Februar und März 1913 ging die Erscheinung zurück, war im April und Mai kaum noch wahrnehmbar und ist seitdem ganz ausgeblieben. Dementsprechend hat auch die Helligkeit des Kraters auffällig abgenommen. Eine Erklärung will auch Professor Pickering vorläufig nicht zu geben wagen.

Nah und Fern.

Im Kampfe mit Wölfen. Aus Großwardein in Ungarn wird gemeldet, daß mehrere Soldaten einen schweren Kampf mit Wölfen zu bestehen hatten. Mehrere Mann von dem dort liegenden Honved-Husaren-Regiment bekamen den Befehl, aus einem außerhalb der Stadt gelegenen Kohlenmagazin Kohlen für die Kaserne zu holen. Sie machten sich unter der Führung eines Korporals auf den Weg, einer der Soldaten ging voraus, um das Magazin gleich aufzuschließen. Kaum war er bei diesem angelangt, als drei Wölfe über ihn herfielen. Er erwehrte sich ihrer mittels einer Eisenstange und schrie um Hilfe, worauf die Kameraden herbeieilten, die aber alle unbewaffnet waren. Nur der Korporal hatte seinen Dienstrevolver bei sich, aus dem er mehrere Schüsse auf die Tiere abgab. Endlich gelang es den Husaren, sich in das Innere des Magazins zu flüchten, worauf die Wölfe davon ließen. Einer von den Husaren wurde von den Wölfen so übel zugerichtet, daß man ihn in das Garnisonhospital schaffen mußte.

Eine tapfere Tat. Aus Neu-Orleans wird gemeldet: Das Schiff G e m, das die Küstenfahrt am Mexikanischen Golf verließ, geriet plötzlich an der Küste von Louisiana in Brand. Die Mann-

schaft, die aus 20 Personen bestand, machte die heldenmütigsten Anstrengungen, des Feuers Herr zu werden. Der Kapitän des Schiffes, namens Brarry, ein alter erfahrener 75-jähriger Seemann, erkannte die Unmöglichkeit aller Rettungsversuche. Er richtete deshalb die Spitze des brennenden Schiffes auf den nächsten Felsen und fuhr mit Wollendampf auf diesen los, um sein Schiff aufzulassen zu lassen. Die Flammen griffen während der Fahrt aber mit so rasender Schnelligkeit um sich, daß die auf dem Hinterdeck befindliche Mannschaft es nicht mehr aushalten konnte und das Vorderdeck aufsuchen mußte. Der heldenmütige Kapitän verlor seinen Posten auf der Kommandobrücke bis zum letzten Augenblicke, und als das Schiff auf den Felsen auffuhr, brach er bewußtlos zusammen. Man brachte ihn an Land, er starb aber bereits nach kurzer Zeit. Die ganze Besatzung konnte das rettende Ufer glücklich erreichen.

Im Eise eingeschlossen. Der Schlepper Potomac von der amerikanischen Flotte ist mit 36 Mann auf der Heimreise von Island am Schluß der Heringsfischerei an der Westküste in einen Eisstrom geraten. Ein Zolkkutter hat Befehl erhalten, von Boston aus dem Schlepper zu Hilfe zu eilen, doch wird er schwerlich das Packeis durchdringen können und der Potomac dürfte bis zum Frühjahr im Eise festgehalten werden.

Im Herzen Newyorks von Banditen ausgeplündert. Nach einer Kabelmeldung aus Newyork drangen sieben bewaffnete Banditen in das Tipoli-Restaurant im italienischen Viertel von Newyork ein und knöpften den Gästen sämtliche Wertsachen und alle baren Gelder ab, indem sie ihnen Dolche an die Kehle und Revolver an die Schläfe setzten. Ein Mann, der sich widersetzte, erhielt einen tödlichen Schuß in den Unterleib.

Eine ganze Familie mit Gas vergiftet. In Rausdorf bei Berlin ist der 46 Jahre alte Tafelbedier Rigisch mit seinen beiden Töchtern tot aufgefunden worden. Der Freund ergab, daß alle drei einer Leuchtgasvergiftung erlegen waren.

Hinrichtung. Im Hofe des Landgerichtsgebäudes zu Beuthen wurde der Agent Eduard Gornik in Katowitz, der am 8. März 1913 das Dyllasche Ehepaar vorsätzlich getötet hatte, durch den Scharfrichter Schwiech-Breslau hingerichtet.

Fünfzehnjähriger Selbstmörder. In Hof a. S. hat sich ein 15 Jahre alter Kaufmannslehrling im Bureau seiner Firma einen Revolverbeschuß in den Kopf beigebracht. Nach seiner Verbringung ins Krankenhaus verstarb er.

Humor und Satire.

Jeremiade.

Bromberg, welche düstere Kunde
Dringt vor dir ins Land hinaus?
Aus dem Offizierskasino
Wurde ein — G e w e r k s c h a f t s h a u s !

Wo sich höchst feudal geräfelt
Erst die Herrn vom blauen Blut,
Nacht sich jezo breit und mäfelt
Die verwümpfte rote Brut!

Unerhörte Folge ist es
Der Vokalabtreiberei,
Und aus jedem Junterherzen
Klingt ein wildes Wehgeschrei.

Weil man erst sie bonkollierte,
Saben sie d a s Haus gekauft —
Wo ist noch ein Patriote,
Der sich nicht die Haare tauft?

und Arbeitsbedingungen. Neben seinen vielen sonstigen Ämtern führt er auch noch den Titel Kassenführer der Handwerkskammer. Für diese Mühe erhält er monatlich 80 Mark, jährlich also das nette Summchen von 800 Mark. Dafür kommt er etwa alle acht Tage ins Bureau und bescheinigt den Eingang der Postanmeldungen. Die eigentlichen Arbeiten besorgt der Rechnungsführer Engelhardt. Dieser ist pensionierter königlich preussischer Eisenbahn-Assistent und erhält monatlich 185 Mark Pension. Als Kassierer der Innungskreditkassa erhält er dann noch 60 Mark monatlich und von der Handwerkskammer weitere 90 Mark. Er hat somit ein monatliches Einkommen von 315 Mark und ist der Vater des Kreisbaumeisters Engelhardt. Richtiger wäre es, wenn solche Stellen an Leute vergeben würden, die nicht schon durch eine erträgliche Pension gesichert sind.

Das Gehalt Karows ist nicht viel kleiner wie manche Besoldung von Angestellten der Handwerkskammer, die tatsächlich arbeiten müssen. Oder müssen diese etwa so schlecht bezahlt werden, damit die Ehrenämter so gut dotiert werden können?

Ein Tarifabschluß für 800 Weichselholzarbeiter.

Es ist dies das dritte Mal, daß der Transportarbeiterverband mit dem Arbeitgeberverband im Holzgewerbe einen Tarifvertrag für die Weichselholzarbeiter abgeschlossen hat. Anfangs schien es, es werde ein zweites 1907 kommen, weil die Unternehmer erst nach acht Wochen Bescheid gaben, daß sie mit der Organisation verhandeln wollten. Gleich in der ersten Sitzung boten die Unternehmer für die Wasserarbeiter 3 Pfennig und für alle anderen Arbeiter 2 Pfennig die Stunde; die Stücklohntarife der einzelnen Betriebe sollen bestehen bleiben. Die Lohnkommission lehnte diese Zugeständnisse rundweg ab und erklärte, es sei nur dann eine Einigung zu erzielen, wenn die Stundenlöhne durchschnittlich um 3 Pfennig und auch die Akkordlöhne entsprechend erhöht würden. Die Unternehmer nahmen diesen Vorschlag nur zum Teil an, bis zu der Gruppe Mühlenarbeiter wollten sie 3 Pfennig, den Holzarbeitern aber nur 2 Pfennig die Stunde zulegen und die Stücklöhne sollen bestehen bleiben. Ueber die Lage der Holzarbeiter wie über die notwendige Erhöhung der Stücklöhne wurde nun recht eingehend debattiert. Auf beiden Seiten wurde sehr aber sachlich gefämpft, vor allem war es der Kollege Schiffor, der aus eigener Erfahrung in temperamentvoller Weise die Lebenslage der Weichselholzarbeiter schilderte. Daraufhin erklärten die Unternehmer, sie müßten erst über diesen Vorschlag mit den anderen Unternehmern im Holzgewerbe Rücksprache nehmen und würden dann Bescheid geben. In der nächsten Sitzung fand dann die Forderung Bewilligung. Ueber die Stücklohntarife sollte beratschelt werden. Mit allen Firmen kam eine Einigung zustande. Nur die Gruppe der Hauer sollte vollständig leer ausgehen. Die drei Unternehmer, die Hauer beschäftigten, erklärten rund heraus: den Hauern legen wir nichts zu. Daß dies Verhalten unsere Kollegen empörte, ist begreiflich. Die Hauer beschloßen einstimmig die Arbeitsniederlegung. Für sie hatte der alte Tarifvertrag keine Gültigkeit mehr, denn der war am 31. Dezember 1913 abgelaufen. Streikbrecher finden sich für diese Arbeit schwer, denn nicht jeder beliebige kann eine Schwelle behauen. Schon am dritten Tage riefen die Unternehmer die Lohnkommission und erklärten, sie seien bereit, erneut mit uns zu verhandeln. Nach mehrstündigen Verhandlungen kam dann auch eine Einigung zustande, die zum Vorteil unserer Kollegen ausfiel. Auch in den übrigen Streitpunkten des allgemeinen Vertrages wurde eine Einigung erzielt und ein friedlicher Abschluß ermöglicht.

Erreicht wurde die Erhöhung der Stundenlöhne für alle Gruppen um 3 Pfennig. Eine durchgehende Verbesserung der Stücklöhne bis zu 10 Prozent. Neu ist in den Vertrag mit aufgenommen, daß jede angefangene halbe Ueberstunde als solche bezahlt werden soll. Auch sind noch sonstige Vorteile für unsere Kollegen erreicht worden.

Die Freie Turnerschaft Danzig veranstaltet am Sonnabend, den 21. Februar im Café Bürgergarten einen Maskenball. Wir verweisen auf das Inserat im Hauptblatt und wollen auch noch an dieser Stelle bemerken, daß nur Vorverkauf und keine Abendkasse stattfindet und wollen die Freunde der Freien Turner dieses besonders beachten. Näheres im Inserat enthalten.

Falsche Zwanzigmarkscheine sind gegenwärtig im Umlauf. Die Falschstücke sind den echten Scheinen täuschend ähnlich nachgeahmt, nur bei genauerem Hinsehen vermag man sie als unecht zu erkennen. Sie tragen als Datum dem 10. September 1909 und weichen in der Färbung von den echten Scheinen insoweit ab, als sie ein wenig heller sind. Auch die Größe ist nicht genau dieselbe wie bei den echten Zwanzigmarkscheinen.

Bei dem Transport eines schweren Werkzeugkastens verlagten dem Arbeiter Weiß aus Schidlich die Kräfte. Der Kasten fiel ihm auf das rechte Bein. Weiß brach den Unterschenkel und mußte ins städtische Krankenhaus geschafft werden.

Wegen Diebstahls von Fahrrädern wurden ein Arbeiter und ein Türforgezögling verhaftet.

Elbing-Marienburg.

Arbeiterchaft und Imperialismus.

So überschreibt dieses Zeitung in Elbing in der Nummer vom 10. Februar einen Artikel, in dem der dummen Proletenmasse, die das absolut nicht begreifen kann, eingetrichtert werden soll, daß sie davon Vorteil hat, wenn Jiese, Krupp und Konsorten Kriegsschiffe zu bauen und Kanonen zu gießen bekommen. Ueber die Sozialdemokratie und ihren „gottlob ohnmächtigen Haß“ wird selbstverständlich die reichlich gefüllte Zorneschale so haargenau ausgegossen, daß auch nicht ein Tropfen daneben geht. Zum Schluß heißt es dann: „Und das ist und bleibt die Richtschnur der politischen Kleinarbeit: Stärkung des imperialistischen Gedankens in allen Kreisen und Fortführung einer volkstümlichen Politik auch in der Zukunft.“

Sieh einer diese biederen Rüstungspatrioten! Genau so erzählen sie's in England den Engländern, in Frankreich den Franzosen und in Rußland den Russen. Derweil die Völker unter der Last des Imperialismus zu Boden sinken, wird der Geldsack der Herren größer und größer. So groß, daß der „vaterländische“ Jiese sein Geld in Deutschland gar nicht unterbringen kann und dem russischen Erbfeind, mit dessen Kriegsvorbereitungen die letzte deutsche Militärvorlage begründet wurde, eine Werft in Riga erbaut. Krupp wollte den Pusilowwerken in Rußland diverse Millionen pumpen. Dieser Plan ist ja infolge des Geldstreits, das die französische Presse beim Bekanntwerden dieses Planes erhob, zu nichte gemacht worden. Die Franzosen haben die 50 Millionen gepumpt. Aber ob deutsche oder französische Kapitalisten das Geld vorstrecken, diese Herren sind alle miteinander verpöppelt.

Der ganze Rüstungsummel, seine Behandlung in der bürgerlichen Presse und seine Lösung, geben Gelegenheit zu einem furchtbaren Gelächter. Diese weißgewaschenen Patrioten tun ja gerade so, als ob bisher die ganze Rüstungsindustrie lediglich Wohl und Sicherheit des Vaterlandes angeht, als ob bisher noch gar

keine internationalen Durchstrecker in Rüstungsplänen stattgefunden hätten. Das gerade Gegenteil ist der Fall. Die russischen Torpedoboote, ebenso zwei geschützte Kreuzer hat Schidlich in Danzig gebaut. Schidlich liefert auch an Griechenland, gleichzeitig liefert das Deutsche Reich an die Türkei; die beiden Gegner können mit deutschen Waffen auf einander losgehen. Armstrong, die große englische Rüstungsirma, baut die Dreadnoughts für Italien, die für England eine Vermehrung der Kriegsschiffe zum Schutz des Mittelmeeres notwendig machen. Die Krupp'sche Germania werft in Kiel baut Unterseeboote für Italien und Oesterreich-Ungarn, die Dreilbundslande, aber auch fünf Stück für Rußland, den Verbündeten des „Erbfeindes“. Die internationalste Rüstungsirma soll Withead in Fiume sein, die für sämtliche großen Mächte die Torpedos liefert.

Als jüngst in Frankreich die Firma Schneider versuchte, Withead aus der Torpedofabrikation zu verdrängen, schrieb das österreichisch-englische Haus vor Empörung auf, es liefere seit Jahrzehnten an die 13 hauptsächlichsten Mächte der Welt seine Torpedos, ganz unparteiisch an alle dieselben; diese Torpedos seien höchst leistungsfähig, und sie zu kaufen, sei nationale Pflicht. Natürlich kaufte Frankreich die Torpedos, die 12 andere Marinestaaten auch kaufen.

Namentlich die russische Rüstungsindustrie, deren Reinheit der französische Pressengel mit dem Stommenschwert (eben glänzend geschliffen) hat, ist international, so bunt zusammengeflochten, daß man wirklich nicht mehr genau sagen kann, zu welcher Nationalität

Weg mit dem Schnaps!

Arbeiter, stärkt die gute Meinung von euch.

In der Welt a. M. schreibt H. v. Berlach:

„Die Spirituszentrale stellt einen weiteren Rückgang des Verbrauchs an Trinkbranntwein fest. Die deutsche Bevölkerung wächst — trotz allen Geschreies über den Bevölkerungsrückgang; — noch immer um 1/4 Millionen jährlich. Brennspiritus wird in steigendem Maße verwendet. Trotzdem füllen sich die Läger der Spirituszentrale immer stärker. Sie weiß kaum noch, wo sie mit der Fülle des Unsegens hin soll.“

Das ist der prächtige Erfolg, den der

Schnapsboykott der deutschen Sozialdemokratie

gezeitigt hat. Nicht einmal die niedergehende Konjunktur des Jahres 1913 hat diesen Erfolg zu gefährden vermocht. Sonst bedeuteten schlechte Zeiten für das Volk immer gute Tage für die Schnapsbrenner. Wer kein Brot mehr kaufen konnte, der suchte das Hungergefühl durch Schnaps hinwegzutäuschen. Der Alkohol, dieser sicherste Verderber des Menschen, erschien doch im Augenblick als der einzige Trostbringer.

Dieses Stadium der Unkultur ist von der Masse der deutschen Arbeiter überwunden. Noch säuft der Lumpenproletarier. Noch säuft ein Teil der rückständigen Landarbeiter. Aber der organisierte deutsche Arbeiter weiß, was er sich, seiner Familie, seiner Klasse schuldig ist. Fast bis zur Verzweiflung kann ihn die Arbeitslosigkeit niederdrücken. Aber er sucht nicht mehr trügerischen Trost in dem entwürdigenden und entmannenden Rausch. Ueber alle, auch die bittersten, Nöte der Gegenwart hinweg, glaubt er an die Zukunft. Riesenkräfte im Dulden und Widerstehen gibt ihm der Gedanke, daß er Hunderttausende von Berufsgenossen hinter sich hat. Das zermürbende Bewußtsein ist überwunden, nur ein isoliertes Atom zu sein. Er fühlt sich als Glied einer Kette. Das gibt Selbstvertrauen, das gibt Kraft, auch aus der tiefsten wirtschaftlichen Tiefe sich wieder emporzuarbeiten.“

dieses oder jenes Werk gehört, woher sein Hauptkapital stammt. Sicher ist nur, daß an allen russischen Militärindustriemagnaten die englische Firma Vickers und die französische Firma Schneider ihre Hand haben. Aber damit nicht genug! Die russische Revolver-Werkegesellschaft, die Rußlands Ostseeflotte gegen Deutschland verstärkt, ist Kapital vom Han. rger, früher Seltiner Vulkan, Schneider ist daran beteiligt. Eine Schiffsgesellschaft Lange-Becker in Riga ist nicht, wie man nach dem Namen annehmen könnte, deutscher Herkunft, sondern vertrustet mit Augustin-Normand in Havre. In Riga trägt eine große Schiffswerft den Namen Jiese.

Diese Betrachtungen ließen sich noch lange fortsetzen. Wenn man in diese Rattengänge hineinleuchtet, ist es begreiflich, warum die Herren so sehr nach der imperialistischen Politik Verlangen tragen. Das Volk aber soll nicht vergessen, daß man für einen Dreadnought 10 000 Bauernhäuser bauen kann, wie dieser Tage ein englischer Staatsmann feststellte. Und das Volk soll auch nicht vergessen, daß ihm die Politik der Jiese und Krupp und ihrer Lakaien das Fleisch aus dem Schmortiegel und das Brot aus der Lade stiehlt.

Spitzbubengeschichten von den Steuermoglern werden nachgerade sehr häufig. Auch die Elbinger Zeitung erzählt in ihrer Nummer vom 14. Februar eine aus Elbing:

Eine Dame war bisher von einem 6-Mark-Staatssteuerfuß zur Gemeindesteuer herangezogen. Jetzt bei der Mehrsteuer-Beraterung begann ihr Gewissen vor dem Befängnis zu warnen. Sie vertraute sich einem Beamten an, dem sie ganz verschüchert ein Vermögen von 50 000 Mark offenbarte. Der Beamte merkte aus dem Verhalten der Dame, daß hier trotz des 6-Mark-Steuerfußes mehr Vermögen stecken müsse. Er drang in sie und mahnte. Und siehe da, die Unterhaltung endete mit 150 000 Mark Vermögen.

Vorher hat die Elbinger Zeitung mitgeteilt, daß in Bromberg das Vermögen eines Patrioten plötzlich von einer auf vier Millionen gestiegen ist und daß ein anderer dort plötzlich statt 2 400 27 000 Mark Jahreseinkommen hat. Demnach scheinen die steuerscheuen Spitzbuben an allen Orten dieselben zu sein.

Ein Massenmord von Schweinen fand in Schönau bei Marienburg statt. Unter den Schweinern des Käsebesizers Bamert wurde die Schweinepest festgestellt. Auf Anordnung des Ministeriums erfolgte die Schlachtung der ganzen Herde. 86 Schweine fielen dem Fleischermesser zum Opfer. Die geschlachteten Tiere wurden nach Danzig verkauft.

Durch Verbrühen mit heißem Kaffee fand in Marienburg das 1 1/2 jährige Söhnchen eines Schlossers einen qualvollen Tod.

Der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie hat in Brunn eine Ortsgruppe gegründet.

Danzig-Land.

Ueber die letzte Gemeindevertreter-Sitzung von Ohra wird uns geschrieben:

Zu Beginn der Sitzung zählte Herr Lind die Häupter seiner Lieben, war aber dabei so eifrig, daß er bei seiner Statistik eine Person mehr feststellte, als Gemeindevertreter vorhanden waren. Darauf aufmerksam gemacht, erwiderte Herr Lind: „Den einen habe ich schon als zu uns gehörig mitgezählt!“ Dieser bereits zum Gemeinderat gerechnete „eine“ war der Genosse Brill, der der Verhandlung als Zuhörer folgte. Die Ohraer werden also, wenn sie Brill in die Gemeindevertretung wählen, wie es scheint Herrn Lind einen großen Gefallen tun.

Diesem interessanten Beginn der Sitzung entsprach dann auch ihr Fortgang. Zunächst stand der Haushaltsplan für 1914 zur Diskussion. Der Voranschlag schließt in Einnahme und Ausgabe mit 200 252 Mark ab. Unter den Einnahmen befinden sich 2736 Mark Erlös aus Grundeigentum, 1000 Mark Luftbarkeitssteuer, 4000 Mark Umlaufsteuer, 2000 Mark Biersteuer, 750 Mark Hundesteuer, 200 Mark Schankkonzessionssteuer, 400 Mark Wertzuwachssteuer, 112110 Mark Gemeindesteuer und 721 Mark Zinsen. Der Staatsbeitrag zu den Schul-lasten beträgt 58700 Mark. Von den Ausgaben fallen auf Gemeindeverwaltung 2507 Mark, Verzinsung und Tilgung von Gemeindeforderungen 11078 Mark, Polizeikosten 7000 Mark, öffentliche Armenpflege 24000 Mark, Wegebauten nebst Radaunreinigung 11000 Mark, Feuerlöschwesen 800 Mark, Straßenbeleuchtung 2500 Mark, Kreisabgaben 18500 Mark, Aufwendung für Schulen 97347 Mark. Der Gemeindevorsteher schlug vor, die Einkommensteuer wieder bei 310 Prozent und die Gewerbesteuer bei 200 Prozent zu belassen. Eine Diskussion über den Gemeindehaushaltsplan fand nicht statt. Im Handumdrehen waren die 310 Prozent Steuerzuschlag beschlossen, denn in Ohra ist alles in bester Ordnung. Bevor aber dieser Punkt der Tagesordnung verlassen wurde, stellte Genosse Temp an den Gemeindevorstand verschiedene Anfragen, begründete sie und bat um Beantwortung. Was Temp da fragte, war höchlich, sehr höflich. Rührte er doch an manche Dinge, die nicht gerade lieblich duften und im Hause des Behängten soll man bekanntlich nicht vom Strid reden. Aber Amts- und Gemeindevorsteher Lind war der Situation im vollsten Maße gewachsen. Walter Scott, der englische Dichter, erzählt uns in seinem „Ivanhoe“ von einem Ritter Front-de-Boeuf, zu deutsch Dönsstirn, einem Manne, dem ungestüme Tapferkeit nicht gestattete, einem Strauß aus dem Wege zu gehen. An den Berseker Front-de-Boeuf wurden wir erinnert, als Herr Lind, sich in voller Größe emporrichtend, wüthig seiner Rede Keile dem nichts-nutzig-frechen Temp entgegen schleuderte. Also sprach Herr Lind:

Frage 1. a) Ob ein neuer Amtsvergeant für Ohra vom 1. April 1914 angestellt wird? Ja!

Frage 2. a) Ob ein Strafverfahren gegen den Amtsvergeanten Mesche von Seiten des Gemeindevorstandes eingeleitet ist? Ein Ermittlungsverfahren ist in der Schwebe!

b) Wenn ja: Warum befindet sich der Amtsvergeant Mesche noch im Dienst? Weil er nicht entlassen ist!

c) Wenn nicht: Warum beantragt der Gemeindevorstand nicht das Strafverfahren? Unterliegt dem Amtsvorsteher!

Frage 3. Hat der Gemeindevorstand geprüft, ob die an Mesche gezahlten Verpflegungsgelder auch den Inhaftierten zu gute kamen? Sie, Temp, müssen es doch wissen, Sie haben doch auch einen Tag abgemacht!

So die Fragen und die Antwort. Ein russischer Ispravnik hätte auch kaum mehr „Schlagfertigkeit“ aufbringen können als Herr Lind. Was aber, wenn der Genosse Temp gegen den Amtsvorsteher von Ohra Strafantrag wegen öffentlicher Beleidigung stellt? Ob Temp dies zu tun beabsichtigt, wissen wir nicht; das Urteil der Ohraer Einwohner wird auch ohne eine Klage Temps das Richtige zu treffen vermögen. Denn solche Diskussionsformen, wie Herr Lind sie einzuführen beliebt, sind unter gebildeten Leuten nicht üblich. Aber die Sache hat noch eine andere Seite. Keins von den bürgerlichen Mitgliedern der Gemeindevertretung nahm das Wort, um seine Meinung über den fauligen Sumpf der Mescheaffäre zu äußern. Nicht einer der bürgerlichen Gemeindevertreter wahrte die Würde der Versammlung und trat für die in der Person des Genossen Temp beleidigte Gemeindevertretung in die Schranken. Die Herren schwiegen! Solche Leute können die Ohraer Steuerzahler noch mehr brauchen. Vergeßt sie ja nicht wieder zu wählen, Arbeiter und Bürger von Ohra.

Nun wurden Einsprüche gegen die Gemeindegewählerliste erledigt. Weiter folgte die Beratung von Anträgen des Oberpräsidenten betreffend Beitritt Ohras zum Provinzialverein zur Bekämpfung der Wanderbettelei und Beitritt zum Jugendbeschwerdenverband. Der Beitritt zum Verein gegen die Wanderbettelei wurde mit einem Jahresbeitrag von 10 Mark, der zum Jugendbeschwerdenverband mit einem Jahresbeitrag von 20 Mark beschloßen. Die Firma Rothenberg erhielt gegen eine jährliche Anerkennungsgebühr von 30 Mark die Erlaubnis zur Legung eines schmalfpurigen Feldbahngeleises auf dem Kieperdam. Nach einer längeren Aussprache über die Herstellung eines Bürgersteiges in der Hauptstraße erfolgte dann der Schluß der öffentlichen und der Eintritt in die geheime Sitzung.

Gemeindegewähler! Diese Sitzung hat wieder so recht gelehrt, wie man mit euren Interessen umspringt. Zeigt durch die Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten, daß ihr es satt seid, euch weiter als Nullen behandeln zu lassen. Jede Gemeinde hat die Verwaltung, die sie verdient. Daran denkt und setzt den Befehl zum großen Reinemachen an.

Gemeine Baumstreufer haben in diesen Tagen die Rinde junger Baumstämme beschädigt, die zur Jierde des Radaumedammes der Südstraße Ohra angepflanzt worden sind. Auf der rechten Seite des Damms, auf dem Wege von Danzig nach Guteherberge, ist vom Anfang der Südstraße auch nicht ein Baum unverletzt. Es ist kaum zu begreifen, daß es wirklich Menschen geben kann, die in brutaler Weise Verbrechen an der Natur begehen können. Jeder wahre Naturfreund muß behilflich sein, solche Personen der gerechten Strafe zu überliefern.

Der „Gute Hirte“ in Oliva. Ein Fein für „gefallene Mädchen“ soll in Oliva errichtet werden. Zehn Schwestern vom „Guten Hirten“ werden sich dort niederlassen. Wir verstehen nicht, warum der „Gute Hirte“ gerade Oliva zu seiner Niederlassung wählte. In Zoppot würde er sicher viel mehr verwahrloste Mädchen finden. Er müßte sie nur an der richtigen Stelle zu suchen wissen.

Stuhm-Marienwerder.

Marienwerder soll eine „feine“ Stadt werden. So wollen es die Stadtväter. Ein Monumentalbrunnen soll auf-

gestellt und ein Hallenschwimmbad gebaut werden. Aber das kostet Geld und darum ist die Sache doch mit einigen Schwierigkeiten verknüpft. Zu dem Brunnen will die Landeskunsthistorische Kommission zwei Drittel der Kosten, die insgesamt 8000 bis 10000 Mark betragen werden, beisteuern. Die Stadtverordneten bewilligten 1500 Mark; der Rest soll durch Sammlungen aufgebracht werden. Die Aussicht auf die Wasserkränze ist also vorhanden. Schlimmer sieht es dagegen mit dem Hallenschwimmbad, zu dessen Verwirklichung 150 000 Mark nötig sind. Nachdem die Stadtäter mehrere Stunden über das Projekt debattiert hatten, mußten sie es betrübten Herzens verlagern.

Braudenz-Strasburg

Vom Eisenbahnzuge überfahren wurde auf dem Braudenzener Bahnhof der Schaffner Wöhler aus Neustettin. Er geriet unter den ausfahrenden Personenzug und erlitt lebensgefährliche Verletzungen.

Dem brennenden Ofen junaher kam in Friedrichsberg bei Hofemb die vier Jahre alte Tochter des Landarbeiters Wittich. Die Kleider des Mädchens fingen Feuer und ehe die im Nebenraume weilende Großmutter herbeikam, war die Kleine so schwer verbrannt, daß sie einige Stunden später starb.

Thorn-Kulm-Briesen.

Auströmender Kohlendunst hat in Thorn zwei Offiziersburken vergiftet. Der eine der beiden konnte noch ins Leben zurückgerufen werden, während der andere bereits tot war, als man den Vorfall bemerkte.

In einem Anfälle von Gelbsteifung sprang am Sonnabend in Thorn ein dreißig Jahre alter Mann aus Mocker in die Weichsel. Das kalte Wasser schien dem Kranken jedoch nicht zu behagen, denn er schwamm selber ans Ufer. Man brachte ihn dann ins städtische Krankenhaus.

Neustadt-Karthaushaus-Puzig.

Kronprinzenvilla und Krankenhaus. Magistrat und Stadtverordnete der guten Stadt Zoppot liegen seit Jahren in heftigen Fehden. Einmütig kamen sie jedoch bei der Verlegung des Kronprinz von Danzig nach Berlin zu der Überzeugung, daß dieser in Zoppot eine eigene Villa erhalten müßte. Von Werminghoff wurde die neben Stolzenfels belegene Villa für 30000 Mark und ein gleich großes Grundstück auf Kosten der Steuerzahler angekauft.

Die Villa hat jetzt den Namen Helablick erhalten. Ihre 16 Zimmer sind inzwischen in 12 umgewandelt. Dazu ist die Inneneinrichtung fast durchweg erneuert. Die bürgerliche Presse rühmt dabei überschwänglich die Einfachheit dieses bescheidenen Hauses am Meer. Sie teilt aber nicht mit einem Wort mit, daß die Stadt, die solche kostbaren Geschenke macht, heute, und zwar aus Sparsamkeit, noch über kein Krankenhaus verfügt!

Aus der Partei.

Eine neue Herausforderung der Gesamtpartei.

Von wo sie kommt? Natürlich aus Sueddeutschland, aus dem bayerischen München, wo ja der bayerische sozialdemokratische Partikularkommunist in der letzten Zeit besonders herrliche Blüten treibt. Hier doch erst vor kurzem ein sozialdemokratischer Gemeinderat in München Wilhelm dem Zweiten die Hand geschüttelt, einem Manne also, von dem das Wort von der „Route“ umflammt. Sozialdemokraten sind eben dort unten „hoffähig“ und werden sogar vom Könige zu Tisch geladen. Nicht die republikanische Meinung läßt sie solche Einladungen — „Alle staatsmännliche Meinung“, wie es in der Sprache der bayerischen Sozialdemokratie so schön heißt — ablehnen, sondern nur die Berührung darüber, daß die sozialdemokratische Gleichberechtigung in der Praxis bei den Staatsbehörden doch noch nicht ganz so anerkannt ist. Was sind ihnen im übrigen aber Parteigrundlagen? Sie scheinen nach den bisherigen Erfahrungen für die bayerische Sozialdemokratie mit dazu da zu sein, um dagegen verstoßen zu können!

Da brandmarken wir in der Parteipresse unsere Vertreter in den Parlamenten, den Abonnementen, den Arbeitervereinen, in der bürgerlichen Klatschpresse. Und nun kommen die Münchener Genossen her und wollen mit dieser famosen Einrichtung ihre Parteigrundlagen steifen. Die Münchener Post kündigt die kommende Berichterstattung der Parteimoral mit folgender Mitteilung an:

„Unvollständigkeit für die Abonnenten der Münchener Post. Nach den Befehlen aller der Münchener in Betracht kommenden Parteimitglieder wird die Münchener Post vom 1. April d. J. an ihre Abonnenten gegen Todesfall und Gargenabschluß mit 1000 Mark bei der Münchener Lebensversicherungsbank versichern. Trotz der daraus erwachsenden hohen Belastung des Blattes wird der Abonnementspreis nicht erhöht. Dagegen darf wohl erwartet werden, daß jedes Mitglied unserer Partei und jeder Freund unserer Blätter sich bemühen wird, die Zahl der Leser so zu heben, wie es der Bedeutung der Münchener Post und dem Interesse der Partei entspricht. Ferner aus dem demnächst erscheinenden 10. Heft der Münchener Post und der Zeitung „Die Arbeiter“, die von der Münchener Post veröffentlicht werden, ist zu erwarten, daß die Münchener Post die folgenden Abonnentenverzeichnisse enthält: 1. Die Münchener Post die

Dieser Vorgang ist nun aber erst die richtige Bedeutung, wenn man weiß, daß der Parteivorstand sich erst in seiner letzten Sitzung die Münchener Blätter mit 1000 Mark 2000 Mark dringend angefordert hat, von der bestimmten Erfüllung der Abonnentenversicherung abzusehen. Von dieser Vertragsunterbrechung aus betrachtet ist das Vorgehen der Münchener Post, geradezu eine geschickte Manipulation, ja eine bewußte, unheimliche Hetzaktion der Gesamtpartei. Die Partei darf diese neue Verletzung keinesfalls ruhig hinnehmen, und ihre gesamte Vertretung, der Parteivorstand, und wenn das nicht hilft, der Parteitag, werden ein ernstes Wort mit den Münchener Genossen reden müssen!

Berechtigte Interessen der sozialdemokratischen Presse.

Der sozialdemokratische Redakteur, der Streifen, bringt, handelt in Wahrnehmung berechtigter Interessen nach Paragraph 193 St. G. B. In diesem sehr vernünftigen Grundgesetz hat sich jetzt das Düsseldorf'sche Schöffengericht betan. Unter Düsseldorf'scher Parteiorgan, die Volkszeitung, dem Kaiserzeit die beim Streit auf der Kugellagerfabrik Rheinland geübte Betrügerei, daß die christlichen Metallarbeiterverbandes des hiesigen gegen den Verantwortlichen unseres Düsseldorf'scher Parteiorganes Betrugsklage an. Die Privatklage wurde jedoch folterpflichtig abgewiesen, weil der besagte Redakteur in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe. In der Begründung des erwähnten Urteiles sagt das Gericht:

Der Privatklage war der Erfolg zu versagen, weil der in Frage kommende Artikel der Wahrnehmung berechtigter Interessen diene. Insofern dieses Urteiles war, die Streikbewegung des Deutschen Metallarbeiterverbandes auf der Kugellagerfabrik Rheinland zu beleuchten und den Lesern, insbesondere den Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiterverbandes, ein Bild von der Haltung des christlichen Verbandes, wie sie seiner Meinung nach vorlag, zu geben. Dieses Interesse war für den Beschuldigten ein naheliegendes, da die Volkszeitung nach dem Düsseldorf'schen Ortsstatut des Deutschen Metallarbeiterverbandes das Publikationsorgan dieses Vereins ist. Da auch eine Beleidigung in der Form der Verleumdung nicht vorliegt, war dem Beschuldigten der Paragraph 193 St. G. B. zuzubilligen und die Privatklage daher zurückzuweisen.

Dieser Entschluß ist bereits rechtskräftig geworden, da der Privatkläger dagegen nicht angegangen ist.

Erfolge bei der Görtzger Stadtverordnetenwahlen.

In Görtz waren die Stadtverordnetenwahlen vom November vorigen Jahres, die mit dem Siege der Sozialdemokratie geendet hatten, auf Einspruch von nationalliberalen Stadtverordneten von der Mehrheit für ungültig erklärt worden. Am 11. Februar fanden die Neuwahlen statt, die nach einem heißen Kampfe der Sozialdemokratie wieder den Sieg brachten. Auf die Liste der Sozialdemokratie fielen 4150 Stimmen, auf die des bürgerlichen Sozialdemokraten 3995, so daß die Sozialdemokraten mit einer Mehrheit von 150 Stimmen gewählt wurden. Gewählt sind ferner neun Sozialdemokraten. Die gesamte dritte Abteilung, insgesamt 20 Vertreter, ist im Besitze der Sozialdemokratie.

Einbruch in ein sozialdemokratisches Parteisekretariat.

Nach einer Mitteilung unseres Bochumer Parteiblattes haben Einbrecher dem dortigen sozialdemokratischen Parteisekretariat auf der Hermannshöhe einen unerwünschten Besuch abgestattet. Die Haustür, die Bureautür und die Schränke waren mit Gewalt erbrochen. Der Geldschrank ist unversehrt geblieben. Der oder die Diebe scheinen es auf bestimmte Akten abgesehen zu haben. Soweit sie überleben war, ist nichts mitgenommen worden. Selbst ein Sparfahnenbuch hat man nicht begehrt.

Soziales.

Ein Glendebild.

Der Abg. Schmidt sprach auch von dem Wohnungsstand der Landarbeiter. Wer das tut, kennt die Verhältnisse nicht; denn im allgemeinen wohnt der Landarbeiter besser, wie der industrielle Arbeiter in den Großstädten.

Abg. v. Graefe (konf.) im Reichstage am 19. Januar 1914.

Nur eine Illustration zu diesen „lachwürdigen“ Ausführungen. In Bayern, einem Dorfe und Rittergute bei Meifen, hauste den ganzen Winter eine Frau mit ihren sechs Kindern im Alter von 11 Monaten bis 13 Jahren in einem Kirschenhäuschen, das ihr die Gemeinde im Juni vorigen Jahres als Wohnung zur Verfügung gestellt hatte. Der Vater der Kinder ist seit längerer Zeit wegen eines schweren epileptischen Leidens in einer Landesanstalt. Die arme Frau mußte trotz ihrer sechs Kinder, von denen vier noch zur Schule gehen, auf Arbeit gehen, weil sie mit 4 Mark Unterfütterung und der Invalidenrente nicht auskommen konnte. Nun kam die strenge Kälte und machte den dünnen Mauerbau bis zur Eishöhle. Die Wände sind mit Rauchrost beackert. Als in der vorigen Woche die Frau am Freitag nach Hause kam, lagen ihre Kinder krank darnieder. Der eiserne Ofen hatte geraucht und die Kinder hatten giftige Kohlenoxide eingeatmet. Der Gemeindevorstand hat nun der Frau eine Beschleunigung ausgesprochen, nach der die Gemeinde den Mietzins garantiert. Damit ging die Frau auf die Wohnungssuche. Sie findet aber bei der Wohnungsnot keinen Hausbesitzer, der sie aufnimmt. So muß sie mit ihren kranken Kindern immer noch in der elenden, spärlich beleuchteten, von Rauch und Kälte erfüllten Hütte kampieren.

Und da spricht die reaktionäre Gesellschaft immer noch von der Begehrtheit der Arbeiter, die jetzt mit ihren vergiftenden Hebeereien das gute Einvernehmen der Landarbeiter mit ihren Herren stören wollen.

Industrie und Technik.

Krupp gegen Kirdorf.

Die Gegenstände bei der Erneuerung des Kohlen-Syndikats, über die zuerst nichts in die Öffentlichkeit gedrungen war, treten jetzt deutlich hervor. Sie beruhen auf Differenzen zwischen zwei Gruppen, an deren Spitze auf der einen Seite die A. G. Krupp steht, unterliegt u. a. von dem Eisen- und Stahlwerk Hösch, auf der anderen Seite Gelsenkirchen, Böhning u. a. Das Objekt des Streites bildet die Deckung der Geschäftskosten des Syndikats. Bisher wurden entsprechend der Konjunktur wechselnde Abzüge von der auf dem Markt verkauften Kohlenmenge gemacht. Die Last der Kosten trugen also außer den reinen Zechen, die an Bedeutung ständig zurückgegangen sind, diejenigen gemischten Werke, die wie Gelsenkirchen, Böhning, Deutsch-Luzemburg neben ihrem Selbstverbrauch große Mengen Kohlen direkt verkaufen. Vorteile bei den Verkäufen besaßen den Werken, welche einen geringen Kohlenverbrauch, dafür aber reichliche Selbstverbrauchs-Konsumen befähigen. So gewisser alle Vorteile des Syndikats, ohne das geringste für seinen Unterhalt zu tun. Der Top dieser Firmen war Krupp.

Nach monatelangen Verhandlungen war es dem Geheimrat Krupp von der Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft, der seit Gründung des Syndikats dessen Direktor ist, gelungen, einen neuen Modus ausfindig zu machen, der des Verhältnis mildeerte und allgemein zur Annahme zu gelangen schien. Danach sollte nur ein Abzug der drei Prozent des monatlichen Limites gemacht werden und das dann noch bleibende Defizit durch eine allgemeine Umlage gedeckt werden, zu der auch die Hüttenwerke mit ihrem Selbstverbrauch herangezogen werden sollten. Dies Defizit würde vorausichtlich immer beträchtlich gewesen sein, da bisher Umlagen von fünf bis sieben Prozent nicht selten waren, es sogar Umlagen von zwölf Prozent gegeben hat. Krupp hatte bisher die geringe Kohlenverkaufsmenge von 775 000 Tonnen, dagegen für seine Hochöfen und Stahlwerke einen Selbstverbrauch von 2 674 000 Tonnen. Wenn Krupp nach dem Entwurf vollständig durchgängig drei bis vier Prozent des Wertes seiner Kohlen jährlich hätte beisteuern müssen, würde dies schätzungsweise eine Mehrausgabe von 0,9 bis 1,5 Millionen Mark ausgemacht haben. In Zeiten schlechter Konjunktur mit Uppurkosten und hohen Frachtkosten nach dem Ausland wäre dieser Betrag bedeutend höher. Werke wie Gelsenkirchen, Deutsch-Luzemburg und der Böhning hatten sich mit dieser Neuordnung einverstanden erklärt, weil ihr direkter Kohlenverkauf im Verhältnis zum Selbstverbrauch sehr groß ist und diese Neuverteilung für sie recht vorteilhaft gewesen wäre. Nach den Mitteilungen, die die Gruppe Kirdorf durch die Rheinisch-Westfälische

Zeltung und Krupp durch die Tägliche Rundschau und die Deutsche Bergwerkszeitung in die Öffentlichkeit gelangen lassen, scheint es, als ob Krupp die Verhandlungen, welche sich monatelang um diese Punkte gedreht hatten, ziemlich unerwartet durch seinen Widerspruch zum Stoen gebracht hat. Kirdorf läßt dem auch verärgert erkennen, daß er, wenn es bei der nächsten Versammlung wieder zu solchen Gegenständen kommt, die Verhandlungen nicht mehr leiten wolle.

Nun wird an dieser Frage auf keinen Fall das Syndikat scheitern. Immerhin ist aber die Verzögerung, die Krupp hervorruft, den Machern des Syndikats unangenehm, weil dadurch auch die Verhandlungen mit dem Fiskus und den privaten Nutzenfeiern ebenfalls ins Stoen geraten. Wie weit der Druck, den Krupp mit seiner Obstruktion ausübt, wirken wird, bleibt abzuwarten. Jedenfalls ist es sehr interessant, zu beobachten, welchen Einfluß kleine Werke und welchen der Riese Krupp auf den Gang der Syndikats-Verhandlungen ausüben können. Einige Magerkohlen-Zechen verlangen eine Besserstellung. Ueber ihre Wünsche ging man einfach zur Tagesordnung über. Krupp dagegen hält mit seinem Einspruch die ganzen Verhandlungen auf.

Literatur.

Deutsche Arbeiter-Schachzeitung, Monatschrift zur Förderung der Schachspielkunst in Arbeiterkreisen. Herausgegeben und redigiert von M. Wingerfeld, München, unter Mitwirkung von S. Martin, Stuttgart, und S. Fiedler, Nürnberg.

Der Herausgeber Max Wingerfeld, München, Landskuter Allee 14, ist bereit, Interessenten Auskunft zu erteilen und mit Ratschlägen an die Hand zu gehen.

Wie macht man sein Testament kostenlos selbst? Unter besonderer Berücksichtigung des gegenseitigen Testaments unter Eheleuten gemeinverständlich dargestellt, erläutert und mit Musterbeispielen versehen von R. Burgemeister. Neuauflage 1914. Gefehverlag v. Schwarz & Co., Berlin S. 14, Dresdener Straße 80. Preis 1,10 Mk., in Leinenband 1,35 Mk.

Die kleine Broschüre ist viel zu teuer, als daß wir sie unseren Lesern empfehlen könnten. Sie wäre mit der Hälfte des Preises noch immer reichlich bezahlt.

Geschäftliches.

Ein billiges Getränk, welches außerdem sehr gut schmeckt und die Gesundheit fördert, ist Kathreiners Malzkaffee. 20 Tassen kosten nur 10 Pfennig. Er schmeckt kalt und warm gleich gut und kann daher sowohl im Haus, als auch bei der Arbeit getrunken werden. Für Kinder ist Kathreiners Malzkaffee besonders zuträglich.

Eine unnütze Quälerei bedeutet das Waschen mit Waschbrett und Bürste. Welch bedeutende Erleichterung verschafft dagegen der Gebrauch des bekannten selbsttätigen Waschmittels Persil! Der sonst mit Recht so gefürchtete Waschtag wird hierbei im Hause fast gar nicht gemerkt. In der Hälfte der Zeit ist das Waschen vollbracht; blendend weiß, zart und duftig, wie nie zuvor, verläßt die Wäsche den Waschkessel, eine Augenweide für jede Hausfrau! Wer deshalb mit Persil noch keinen Versuch gemacht hat, sollte damit nicht länger zögern. Persil muß jedoch ohne irgend eine Zutat von Seife, Seifenpulver usw. verwendet werden.



Sängerverein „Sängergruß“.

Mittwoch, 18. Febr., ab. 8 Uhr, Maurerherberge

Generalversammlung.

Hierzu sind die aktiven sowie passiven Mitglieder freundlichst eingeladen. [719] Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Verein Danzig-Stadt

Freitag, den 20. Februar, abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlungen

1. Bezirk im Vereinslokale, Fischmarkt 11
 2. Bezirk bei Benfer in der Maurerherberge
 4. Bezirk bei Steppuhn, Schiditz
 5. Bezirk im Vereinslokale, Zur Erholung, Michaelsweg 38
 6. Bezirk im Vereinslokale, Stadtgebiet, Wurfsmachergasse 6
 9. Bezirk im Kartellzimmer, Dominikswall 8, Hof, 1 Treppe
 3. Bezirk im Vereinslokale, Albrechtstraße 10, 1 Tr.
- am Sonntag, den 22. Februar, nachmittags 3 Uhr.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Der Frauentag und die rote Woche.
 2. Die sonstigen Angelegenheiten der Bezirke. [720]
- Redner: Zooten, Grünhagen, Jäpel, Käthe Leu, Georg Leu, Unterhalt.
- Es wird durch die anwesenden Bezirks- und Gruppenkassierer den Mitgliedern die Möglichkeit gegeben, Beiträge zu entrichten. Ebenfalls werden Aufnahmen entgegengenommen. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Möbel aller Art.

Schränke, Vertikos, Spiegel, Küchenmöbel, Sofas und Garnituren, Teppiche sowie alle Polstermöbel, laden Sie in großer Auswahl bei [717]

A. Huse, Fleischergasse 77.

Empfehle meinen

Haar-, Haarjuchneidesealon

Otto Dittmer, Johannisg. 38.

Wer ihriftl. Nebenverdienst

sucht, sende sofort seine Adresse an J. Breuer, Hamburg, Linholmstraße 5. [715]

Wäsche wird saub. gewasch.

und im Freien getrockn. M. Krause, Brabank 8.

Zur Ausbesserung von Wäsche und Anfertigung jed. Handarbeit halte mich bestens empfohlen. Wm. Marie Stierner, Eichenw. 14, Stb. 1

Alle Stiefelstühle, Leder-

tuchstühle werden gekauft. Häkergasse 24, Keller.



Central-Theater

Elbing, nur Brückstr. 15.

Neues Programm!

Darunter

ein Hauptschlager

und herrliche Dramen

sowie Humoresken.

Jedes Bild ein Schlager!

Die Direktion.

580]

Die Direktion.

Die Direktion.

Die Direktion.

Die Direktion.

Die Direktion.

Die Direktion.

Kandidaten durch Steinwürfe usw. Den Gastwirten wurde auch teilweise die frühere Polizeistunde angedroht, wenn sie den Sozialdemokraten ihren Saal zur Verfügung stellen wollten. In einer Reihe von Orten wurden bei den Wählern die gegnerischen Stimmzettel abgeholt und dafür solche von Hegdebrand ausgeteilt. Gemeindevorsteher schickten die Gemeindevorsteher mit Flugblättern von Haus zu Haus. Die Gutsarbeiter wurden geschlossen zum Wahllokal geführt und dort bis zum Stimmabgabe überwacht, damit sie andere als Hegdebrandsche Stimmzettel nicht in die Hände bekommen. In einem Falle wird auch behauptet, daß der Wahlvorsteher die Wahllokale öffnete, die gegnerischen Stimmzettel herausnahm und durch Hegdebrandsche Stimmzettel ersetzte. Obwohl Herrn von Hegdebrand infolge dieser Vorkommnisse eine größere Zahl Stimmen abgezogen wurden, verblieb ihm noch eine solche Mehrheit, daß die Kommission beschloß, von der Beweiserhebung abzusehen und die Wahl für gültig zu erklären.

Die Wirkungen des Generalpardon.

Nach einem Privattelegramm des Berliner Tageblatts aus Kemschid hat ein dortiger Brennermeister, der äußerlich in den „einfachsten Verhältnissen“ lebte und bisher zwei Millionen Vermögen versteuerte, zum Wehrbeitrag auf Grund des Generalpardon ein Vermögen von neunzehn Millionen Mark deklariert. Wenn der Mann jetzt seiner „patriotischen Pflicht“ genügt, so hat er, wie man sieht, dank des Generalpardon trotzdem ein glänzendes Geschäft gemacht.

Eine bemerkenswerte Bekanntmachung veröffentlicht der Landrat des Kreises Jhenhagen: „Die oberflächliche Durchsicht der Wehrsteuerklärungen hat ergeben, daß in diesem Jahre annähernd das Doppelte des bisher überhaupt besteuerten Kapitalvermögens deklariert worden ist. Ueber drei Millionen Mark waren bisher im Kreise Jhenhagen der Besteuerung entgangen. Es besteht der dringende Verdacht, daß noch erheblich mehr Kapitalvermögen vorhanden ist. Indem ich nochmals ganz besonders auf die Bestimmungen des sogenannten Generalpardon hinweise, mache ich bekannt, daß auch nach Abgabe der Wehrsteuerklärungen, bis zur Beendigung der diesjährigen Beranlagung berücksichtigende Angaben hinsichtlich der Höhe des vorhandenen Vermögens entgegengenommen und Strafe und Nachsteuer nicht festgesetzt werden. Später bekannt werdende Steuerhinterziehungen fallen aber unter die erheblich verschärften Strafbestimmungen und werden unmissichtlich verfolgt werden.“

Das Elend in der Zündholzindustrie.

Ein erbärmlicheres Steuergesetz, als das Zündholzsteuergesetz, ist seit dem Bestande des Reiches noch nicht gemacht worden. Darüber dürften Meinungsverschiedenheiten kaum bestehen. Auf eine an die Regierung gerichtete Anfrage gibt diese zu, daß die im laufenden Betriebsjahr ohne Steuerzuschlag herstellbare Menge von Zündhölzern 45 vom Hundert des Vorkontingents beträgt und daß der Verein deutscher Zündholzfabrikanten eine weitere Herabsetzung auf 40 vom Hundert beantragt hat. Die Regierung führt dann weiter aus: „Mit einem gewissen Rückgang des Zündholzverbrauchs war bei Erlass des Zündwarensteuergesetzes gerechnet worden und zwar war er auf 25 vom Hundert geschätzt. Einen weiteren starken Ausfall erlitt der Absatz der Zündholzfabriken nach Inkrafttreten der Steuer durch die unerwartet große Versorgung mit inländischen und ausländischen Zündhölzern. Mit dem Ausbruch dieser Vorkriege ist der Absatz nach den Ergebnissen des Steueraufkommens und den Angaben der Industrie wieder gestiegen. Seit dem Betriebsjahr 1912/13 ist in einer Reihe von Monaten bei der Besteuerung von Zündhölzern ein erneuter, wenn auch mäßiger Rückgang beobachtet worden. Ueber etwaige Maßnahmen der verbündeten Regierungen kann zurzeit eine Auskunft nicht erteilt werden.“

Die Regierung denkt natürlich nicht daran, für die notleidenden Arbeiter, die durch die Zündholzsteuer zum Teil um ihre Existenz gebracht worden sind, einzutreten. Diese Opfer der ultramontan-konserverativen Steuerwelt mögen sehen, wo sie bleiben. Dagegen wird die Regierung allerdings das von den Zündholzfabrikanten geforderte Gesetz zur Besteuerung der automatischen Feuerzeuge auch nicht einbringen. Die Absicht hat zwar bestanden, aber eine Umirage, die das Reichsfinanzamt bei den Parteien veranfaltete, ließ erkennen, daß für eine solche Steuer momentan keine Mehrheit vorhanden sei.

„Die Tribünen sind sehr stark besetzt.“

Die bürgerliche Presse bringt natürlich von der Rede Hoffmanns so wenig wie möglich. Sie berichtet dagegen, daß die bürgerlichen Abgeordneten ein Mittwoch zuerst laute Gespräche geführt haben, um damit dem sozialdemokratischen Redner ihre Nichtachtung zu zeigen. Als Genosse Hoffmann sich dieses Gebahren energisch verbat, zogen sie zum Tempel hinaus. Der Sitzungsstaat war also von den reaktionären Parteien verlassen worden; dagegen muß Wolffs Bureau berichten: „Die Tribünen sind sehr stark besetzt.“ Auf den Tribünen befinden sich die Zuschauer aus dem Volke. Und so gewinnen wir sofort ein treffendes Bild unserer politischen Verhältnisse. Die Tribünen sind sehr stark besetzt, wenn ein sozialdemokratischer Abgeordneter spricht, weil das Volk vor alles für das Interesse hat, was die Vertreter der Arbeiterschaft zu sagen haben. Die Privilegierten dagegen rennen aus dem Saale, weil sie nicht hören wollen, welche Leiden das Volk drückt. Wir müssen schon sagen, daß uns dieser Zustand viel lieber ist, als wenn es umgekehrt wäre. Die bürgerlichen Abgeordneten mögen vor uns davon laufen, wenn nur das Volk zu uns steht!

Ausland.

Rußland.

Neue Leute, alte Reaktion. Der Ministerpräsident Kozowow ist zurückgetreten. An seine Stelle wurde der frühere Ministerpräsident Gorelkin beordert. Es wird behauptet, daß auch der Minister für Volksaufklärung, Kasso, seinen Abschied erhalten werde. Auch der Kriegsminister Suchomlino soll in etwa vierzehn Tagen zurücktreten und durch den bisherigen Chef des Generalstabes, General Schilinski, ersetzt werden.

Bulgarien.

Der rollende Rubel. Das bulgarische Blatt Kambana, das zu eingeweihten Kreisen Beziehungen unterhält, veröffentlicht sensationelle Enthüllungen über große Geldsummen, die seit November vorigen Jahres auf verschiedenen Wegen aus Rußland nach Bulgarien gekommen sind, teils durch Vermittlung der russischen Gesandtschaft in Sofia, teils durch eine russische Bank. Diese Geldsummen, die nach Datum, Mittelsperson und Empfänger genau angeführt werden, erreichen die Gesamtsumme von 655 000 Frank in Gold und wurden nach Angabe der Kambana zur Bestechung einiger bulgarischer Zeitungen und Oppositionsführer verwendet. Die Enthüllungen machen um so größeres Aufsehen, als man seit einiger Zeit von großen aus Rußland eingegangenen Geldbeträgen Gerüchte verbreitete und die russophilen Parteien um Danew in letzter Zeit eine auffallende Geschäftigkeit entfalteten. An Danew sollen 10 000 Rubel ausgezahlt worden sein.

Mexiko.

Der Bürgerkrieg. Der Banditenführer Castillo, der den Cumbre-Tunnel in Brand setzte und den Tod von 50 Menschen verschuldet, wurde in Chihuahua gefangen und mit sechs Anhängern standrechtlich erschossen.

Der britische ungeführte Kreuzer *Algerine* machte Seefahrt, um zur Westküste Mexikos abzugehen.

Ecuador.

Die „Salson“ der südamerikanischen Revolutionen. Da Peru keine „Revolution“ gehabt hat, durfte Ecuador nicht zurückbleiben. Nach einer Depesche aus Guayaquil bombardierten die Kanonenboote der Regierung die Stadt Esmeraldas, die dann von den Truppen am vorigen Dienstag angegriffen wurde. Man glaubt, daß die Regierung sich der Stadt wieder bemächtigen wird. Mehrere Häuser sind durch Granaten in Brand gesetzt. Die Luftständischen unter dem Befehl des Obersten Conchas weigerten sich, eine neutrale Zone für Nichtkämpfer einzurichten oder den Ausländern zu gestatten, an Bord der im Hafen liegenden Schiffe zu gehen.

Kleine politische Nachrichten.

Flugverbot für Militärflieger. Die Generalinspektion des Militärverkehrs verbietet wegen der erneuten Unglücksfälle auf dem Flugplatz Johannistal den auf den Flugplatz kommandierten Offizieren das Zutritt auf diesem Platze solange, bis Maßnahmen getroffen sind, die die Gewähr geben, daß sich solche Vorkommnisse nicht wieder ereignen.

Eine größere Steuerhinterziehung ist in Neustadt a. d. Hardt festgestellt worden. Der verstorbene Rentner Emil Wolf hat ein Vermögen von 1/2 Millionen hinterlassen. Die Erben sollen nunmehr auf zwanzig Jahre zurück die Steuer entrichten. Sie wollen für sich den Generalpardon in Anspruch nehmen. Die Entscheidung der Behörden darüber, ob der Generalpardon auch in solchen Fällen in Anspruch genommen werden kann, steht noch aus.

Arbeitslosenfürsorge. Der Berliner Magistrat ist dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung über die Verwendung von 300 000 Mark zur Bewährung unverschuldeten Darlehen an Personen beigetreten, die infolge des wirtschaftlichen Niedergangs vorübergehend in Not geraten.

Zum fünfjährigen Bestehen des Hansabundes soll nach einem Beschluß des Präsidiums dieses Bundes im Juni d. J. der Gesamtschluß zusammengetreten. Für den November ist eine Hansawoche in Aussicht genommen.

Groß-Köln. Der rheinische Provinziallandtag hat sich einstimmig für die Vereinigung der Städte Köln, Mülheim a. Rh. und Merheim ausgesprochen.

Aus Westpreußen.

Danzig.

Der gelbe Otto.

Als der „vaterländische“ Werkmillionär Ziese in Danzig seine Geliebtenanstalt ist dem sogenannten Wertverein mit 10 000 Mark Betriebskapital gründete, gab er ihm auch einen wertvollen Leiter. Zum Vorsitzenden wurde der Vorkarrer Reinhold Otto, wohnhaft Spandhausengasse Nr. 13, kommandiert. Dieser Würdige hatte beim ersten Streit der Schichtarbeiter sogar leitend mitgewirkt. Beim zweiten fiel er seinen Kollegen in den Rücken und wurde — arbeitswillig. Wie es allen großen Männern seines Schlages geht, fühlte der Brave sich selbstverständlich auch terrorisiert. Er hatte den Ehrgeiz, seinem Herrn und Meister die Skalpe seiner Gegner als gerichtliche Beurteilungen zu bringen. Er ging also hin — oder mußte hingehen — um den Genossen Früngel wegen Beleidigung zu verklagen. Dieser sollte ihm am 1. Dezember in einer in der Maureherberge abgehaltenen Versammlung der Schichtarbeiter öffentlich und schwer beleidigt haben. Wie die gelbe Schichtarbeiter in der Klage behauptete, sollte Früngel seiner in folgender Weise gedacht haben: Der Vorstand des Wertvereins besteht aus Leuten, die uns beim letzten Streit in den Rücken gefallen sind. Es sind Otto und Genossen, das gelbe Gefindel ist moralisch kastriert, das gelbe Gefindel muß man auf der Straße gar nicht ansehen und es an die Wand drücken.

Als Vorsitzender amtierte in der Verhandlung vor dem Schöffengericht am 11. Februar wieder der Richter, der in unserem Prozeß mit dem Stellenvermittler J. Encke dadurch auffiel, daß er die Parteien mit „Ihr“ und „Euch“ anredete. Diese moderne Eigenart betätigte er, ehe Früngel an die Reihe kam, wieder sehr reichlich.

Früngel bestritt, den Otto beleidigt zu haben. Er habe nur wahrheitsgemäß gesagt, daß der von Schicht mit 10 000 Mark subventionierte gelbe Verein von Leuten, wie Otto, geleitet würde, die den Arbeitern beim letzten Streit in den Rücken gefallen wären. Er habe nicht von gelbem Gefindel, sondern von einem gelben Gebilde gesprochen. Dieser Ausdruck sei bei allen ehrlichen Sozialpolitikern und Wissenschaftlern üblich. Weil es bei allen Wahlen, hier zur Betriebskrankenkasse, erfahrungsgemäß etwas lebendiger zugehe, habe er die Versammelten erlucht, die Gelben lieber ganz links liegen zu lassen und die Leute gar nicht anzusehen.

Der Vorsitzende erklärte, daß er Früngel den guten Glauben, auch wenn er beleidigt haben sollte, ohne weiteres zu erkenne.

Rechtsanwalt Bernstein, der Verteidiger unseres Genossen, wollte von Otto, der vom Rechtsanwalt Sternberg unterstützt wurde, wissen, woher er die Kenntnis von den angeblichen Beleidigungen habe? Er könne sie nur durch Zwischenträger wissen, von Leuten, die gar nicht in diese von den freien Gewerkschaften veranstaltete Versammlung gehörten.

Der tapfere Otto zögerte bedenklich mit der Antwort. Endlich rettete ihn der Vorsitzende, indem er gegen diese Frage Widerspruch erhob! Er meinte sogar, es würde jetzt schon zehn Minuten verhandelt und noch könne kein Zeuge vernommen werden!

Rechtsanwalt Bernstein erwiderte treffend, in Laucenburg habe man sogar drei Tage verhandelt. Die Gründlichkeit des Verfahrens dürfe auch hier nicht leiden! Schließlich gestand Otto kleinlaut, daß er selbst nicht in der Versammlung war.

Das Gericht zog sich dann zurück und beriet so gründlich, daß der Beschluß schon fertig war, als die Tür sich noch nicht ganz geschlossen hatte. Der Vorsitzende verkündete: Die Frage nach dem Demunzianten habe das Gericht abgelehnt!

Als erster Zeuge marschierte dann der gelbe Arbeiter Robert Marzahn für sich selbst an den Zeugenstand. Er mußte schließlich, aber erst auf die Frage des Verteidigers, gestehen, daß er derjenige gewesen ist, der Früngel bei Otto denunziert habe! Er sei — wie nett! — nur deshalb nach der Versammlung gegangen, um zu hören, ob er nicht auch in die freien Gewerkschaften eintreten könne. Er habe sich jedoch (trotz der „freien“ Sympathie!) sofort für Otto beleidigt gefühlt, als Früngel die Äußerungen tat. Der Edle hatte zu viel Pech, denn auf eine weitere Frage des Verteidigers mußte er noch nachträglich gestehen, daß der Otto nicht bloß sein Hauptling, sondern sogar sein — Vorkarrer ist! Selbst das hatte Marzahn unter keinem Eide in seinem Eifer ganz zu erzählen ver-

gessen. Auch sonst war dieser gelbe Kronzeuge nicht zu flüch. „Direkt“ sollte Früngel zwar nichts gegen Otto gesagt haben, wohl aber „indirekt“! Deutlich wollte Marzahn den Ausdruck gelbes Gefindel gehört haben.

Rechtsanwalt Bernstein stellte dann einige interessante „Feststellungen“ in dem Schriftsatz des Klägers Otto fest. Der gelbe Verein sei nicht von Otto, sondern von der Firma Schichta gegründet. Diese habe auch nicht dem Verein 10 000 Mark als Darlehen, sondern, wie es ausdrücklich im Statut stehe, zum Eigentum gegeben!

Der Zeuge Jakobson bestätigte die Angaben Früngels, daß dieser den Otto nicht beleidigt habe. Er habe neben Marzahn gelassen.

Als der Verteidiger sich leise mit Früngel zu verständigen versuchte, erhob der offenbar nervöse Vorsitzende dagegen Einspruch.

Rechtsanwalt Bernstein protestierte dagegen, daß ihm die Verteidigung so erschwert werde. Er wolle dem Angeklagten etwas auf Grund der Zeugenaussage sagen, was sein Recht sei und stets zugelassen werde. Würde es ihm verboten, fordere er einen Gerichtsbeschluß. Nun lenkte der Vorsitzende ein und die Rückfrage konnte erfolgen.

Otto hielt es noch für nötig, die Aussage des Zeugen Jakobson durch die Bemerkung zu verdächtigen, daß Jakobson zum Verein Früngels gehöre! Selbst sein eigener Anwalt rügte aber diese grobe Ungehörigkeit.

Genosse Fooker ist Leiter der Versammlung gewesen und bestätigte durchaus die Angaben Früngels, daß er den Otto nicht beleidigt habe. Wären Ausdrücke wie gelbes Gefindel usw. gefallen, dann hätte er sie als Vorsitzender gerügt. Dazu hatte er aber keine Veranlassung.

Auch der Zeuge Schewe gab diese Darstellung. Fooker bestätigte, daß Otto beim ersten Schichtausstreik leitend leitend und trotzdem beim zweiten zum Streikbrecher wurde!

Nachdem die Anklage so reitlos zusammengebrochen und nur noch die heillose Blamage der gelben Stützen Schichta geblieben war, bot der Anwalt Ottos einen Vergleich an, den dieser bei Beginn der Verhandlung auf Vorschlag des Richters brüst abgelehnt hatte!

Der Vorsitzende bemühte sich sehr, Früngel, der zunächst nicht wollte, für den Vergleich anzustimmen. Schließlich kam er auf der Grundlage zustande, daß Otto, wenigstens nominell, sämtliche Gerichtskosten und noch 20 Mark von den Anwaltskosten Früngels bezahle.

Rechtsanwalt Bernstein wollte der Sicherheit halber, daß der gelbe „Sieger“ die Kriegskosten gleich bezahle. Otto wollte aber das Geld nicht bei sich haben. Ganz anders, wie er es sich gedacht, schlich er aus dem Gerichtssaal.

Wir bedauern diesen Vergleich, nicht allein wegen der Belastung, die dem Spesenkonto der Firma Schichta dadurch geschenkt wurde, daß Otto nicht die vollen Kosten der Verteidigung Früngels aufgelegt wurden. Der Vergleich ändert zwar nichts an der sogar von dem schwarzen Galkowski sofort vor dem Gerichtsgebäude sehr richtig ausgesprochenen Ansicht, daß Früngel ein moralischer Sieger geblieben ist. Uns widerstrebt aber jede Verhöhnung mit den Gelben so sehr, daß es uns viel lieber gewesen wäre, wenn der Vergleich unterblieben wäre. Von welchem Schlage gerade dieser Otto ist, bewies er, als er, der solche Klagen vom Zaune bricht, dem Gericht — allerdings vor dem Vergleich — erzählte, daß er in der nächsten Versammlung schon sein Teil bekommen werde. Er könne sich schon nicht mehr auf der Straße sehen lassen.

Wochenbericht des Statistischen Amtes der Stadt Danzig.

Nr. 6. Woche vom 1. bis 7. Februar 1914.

1. Geburten der Vorwoche:			
	lebend	tot	überb.
männlich	54	2	56
weiblich	68	2	70
zusammen	122	4	126
darunter uneheliche Mehrgelburt	19	2	21
0 Fälle mit	—	—	—

Die unehelichen Geburten sind 17% der Totgeburten 3,2% der Gesamtzahl.

2. Zahl der Eheschließungen: 21.			
3. Sterbefälle (ohne Totgeburten):			
	gestorben	darunter überb.	darunter u. 1 Jahr
1. Kindbettfieber	—	—	—
2. Scharlach	2	—	—
3. Masern und Röteln	—	—	—
4. Diphtherie und Krupp	—	—	—
5. Keuchhusten	1	—	—
6. Typhus	—	—	—
7. Tuberkulose	5	1	—
7a. Krebs	4	—	—
8. Krankheiten der Atmungsorgane (auschl. 4, 5, 7)	4	—	—
9. Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall	4	—	—
10. Gewalttätiger Tod	6	—	—
11. Alle übrigen Todesursachen	31	9	—
	zusammen	57	14
	darunter: männlich	27	6
	weiblich	30	8

4. Meldungen von Infektionskrankheiten: (Eingekammerte Zahlen bedeuten außerhalb Danzigs Erkrankte und nach Danzig übergeführt.) Scharlach 15 (2), Diphtherie und Krupp 2, Unterleibstypus —, Kindbettfieber 2, Granulose —.

5. Fremde sind polizeilich gemeldet: insgesamt 1488, davon aus Österreich 19, Rußland 6, Holland 5, Dänemark 2, England, Frankreich, Amerika und Belgien je 1.

6. Polizeiliche Meldungen der Zu- und Fortzüge:			
	männl.	weibl.	überhaupt
Umgezogene innerhalb der Stadt	346	340	586
Zugezogene von auswärts	242	180	422
Fortgezogene nach auswärts	247	250	497

7. Auf das Jahr und 1000 Einwohner berechnet betrug die Zahl d. Geborenen einchl. Totgeburt 35,9 (Vorwoche 35,3) betrug die Zahl d. Sterbefälle einchl. Totgeburt 17,4 (Vorwoche 17,4) betrug die Zahl der Eheschließungen 6,9 (Vorwoche 4,6).

Begen die städtischen Arbeiter und Beamten

nahmen die Stadtverordneten am 10. Februar in unglaublich rückständiger Weise Stellung. Sie lieferten den sehr nützlichen Beweis, was sie unter modernen Notwendigkeiten und Selbstverständlichkeiten verstehen, wenn es sich nicht um Automobile für Oberbürgermeister und Magistrat handelt. Der Magistrat hat in den nächsten Etat 160 000 Mark zur Aufbesserung der Gehälter für die Beamten der Stadt eingesezt. Für die städtischen Arbeiter hielt er eine Aufbesserung nicht für notwendig. Der Oberbürgermeister erklärte in der Debatte in der Stadtverordnetenversammlung ausdrücklich, daß der Magistrat den Arbeitern, trotz ihrer neuen vortrefflich begründeten Eingabe, nichts geben wolle. Die Dezerenten, also die hochwohlwühlenden Stadträte mit durchweg mehr als 10 000 Mark Gehalt, könnten bestätigen, daß die Entlohnung genügend sei! Nur für die Straßenreiniger solle eine Ausnahme gemacht und für sie allein durch eine besondere Vorlage eine Aufbesserung gefordert werden. Die Lösung dieser Doppelstellung ist sehr einfach. Die Straßenreiniger erhielten über 200—300 Mark Lohn weniger als in

